

Niederschrift

über die 10. Sitzung des Kreistages am 6. April 2006

Anwesend:

Der Vorsitzende

Landrat Pusch, Stephan, Hückelhoven

Die Kreistagsmitglieder

Beckers, Franz-Josef, Wassenberg
Blum, Erika, Wegberg
Caron, Wilhelm Josef, Wassenberg
Dahlmanns, Erwin, Gangelt
Derichs, Ralf, Erkelenz
Düsterwald, Wilhelm, Hückelhoven
Eßer, Herbert Konrad, Heinsberg
van den Eynden, Franz, Gangelt
Fürkötter, Franz-Josef, Übach-Palenberg
Gudat, Helmut, Hückelhoven
Dr. Hachen, Gerd, Erkelenz (ab TOP 3)
Hansen, Bernd, Wegberg
Hecker, Hildegard Hückelhoven
Hensen, Heinrich, Wassenberg
Dr. Herzberg, Hanshenning, Hückelhoven
Holländer, Heinz-Egon, Hückelhoven
Horst, Ulrich, Hückelhoven
Dr. Kehren, Hanno, Hückelhoven
(außer TOP 6)
Krekels, Gerhard, Selfkant
Krings, Werner, Waldfeucht
Laumanns, Erich, Erkelenz
Lausberg, Leonard, Heinsberg (bis TOP 4)
Dr. Leonards-Schippers, Christiane,
Hückelhoven
Meurer, Maria, Erkelenz
Müller, Herbert, Wegberg
Offermanns, Manfred J., Übach-Palenberg
Paffen, Wilhelm, Heinsberg
Plein, Hans-Jürgen, Geilenkirchen
Przibylla, Siegfried, Erkelenz
Reyans, Norbert, Selfkant
Rode, Friedhelm, Übach-Palenberg
Röhrich, Karl-Heinz, Übach-Palenberg
Rütten, Wilhelm, Erkelenz
Schaaf, Edith, Erkelenz
Schiffer, Matthias, Hückelhoven
Schlömer, Klara, Wegberg
Schlößer, Harald, Erkelenz
Schmitz, Heinz-Willi, Hückelhoven
Schmitz, Josef, Waldfeucht

Schreinemacher, Walter Leo, Heinsberg
Skottke, Wolfgang, Heinsberg
Sonntag, Ullrich, Geilenkirchen
Spreitzer, Egon, Übach-Palenberg
Thelen, Friedhelm, Geilenkirchen
Dr. Thesling, Hans-Josef, Heinsberg
(ab TOP 3)
Tholen, Heinz-Theo, Waldfeucht
Tillmanns, Sofia, Geilenkirchen
Dr. Wamper, Horst, Geilenkirchen
Wolter, Heinz-Jürgen, Übach-Palenberg

Es fehlen entschuldigt

Jüngling, Liane, Übach-Palenberg
Paulsen, Heinz-Jakob, Wegberg
Ringering, Marietta, Erkelenz
Speuser, Björn H., Geilenkirchen
Vergossen, Heinz Theo, Heinsberg

Von der Verwaltung

Kreisdirektor Deckers
Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Preuß
Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Schöpgens
Kreisverwaltungsdirektorin Machat
Kreisrechtsdirektor Nießen
Kreisoberverwaltungsrat Kremers
Kreisinspektor Ciosz

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr

Ende der Sitzung: 19.50 Uhr

Der Kreistag des Kreises Heinsberg versammelt sich heute im großen Sitzungssaal des Kreishauses in Heinsberg, um über folgende Punkte der Tagesordnung zu beraten und zu beschließen:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung:

1. Rettungsdienst und Katastrophenschutz;
hier: Kooperationsvereinbarung „Eumed-Ambu“ zur grenzüberschreitenden medizinischen Hilfeleistung in der Euregio Maas-Rhein
2. Vorlage der Jahresrechnung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2005
3. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2005 bis 2009
4. Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Beschluss einer Resolution zur Rücknahme der Kürzungen von Personalzuschüssen für Frauenhäuser durch die Landesregierung
5. Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Beteiligung des Kreises Heinsberg an der Flughafengesellschaft Mönchengladbach GmbH
- Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion betr. Vorsorgemaßnahmen des Kreises Heinsberg gegen die Vogelgrippe

Nichtöffentliche Sitzung:

6. Mittelbare Beteiligung des Kreises Heinsberg an der Wasserlaboratorien Roetgen GmbH über die Kreiswasserwerk Heinsberg GmbH
7. Mittelbare Beteiligung des Kreises Heinsberg an der regionetz GmbH über die EWW Energie- und Wasserversorgung GmbH
8. Ernennungsvorschläge für das Jahr 2006
9. Anzeigepflicht gem. § 18 Korruptionsbekämpfungsgesetz

Vor Eintritt in die Beratung stellt Landrat Pusch die vorliegende Tagesordnung, die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Besonders begrüßt er die Jurareferendarin Nicole Weiß, die ihren juristischen Vorbereitungsdienst bis Ende Mai im Kreishaus absolviert.

Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 1:

Rettungsdienst und Katastrophenschutz;

hier: Kooperationsvereinbarung „Eumed-Ambu“ zur grenzüberschreitenden medizinischen Hilfeleistung in der Euregio Maas-Rhein

In seiner Sitzung am 19. Dezember 2005 hat der Kreistag des Kreises Heinsberg den „Bedarfsplan 2005“ für den Rettungsdienst des Kreises Heinsberg beschlossen.

Der Rettungsdienstbedarfsplan des Kreises Heinsberg beschreibt im Abschnitt VIII Inhalte zur interkommunalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rettungsdienst und in der medizinischen Katastrophenhilfe wurde in der Zeit von April 2002 bis April 2003 ein Pilotprojekt durchgeführt. Diesbezüglich wurden Grundzüge in einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Behörden festgelegt, die in der Regio Aachen und der niederländischen Veiligheidsregio Süd-Limburg für die medizinische Hilfeleistung im Notfall zuständig sind.

Durch einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit den belgischen und niederländischen Partnern in verschiedenen Arbeitsgruppen hat sich trotz der unterschiedlichen Systeme eine gute Zusammenarbeit entwickelt.

Als äußeres Zeichen der guten Zusammenarbeit soll die allen Kreistagsabgeordneten mit der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses am 30.03.2006 zugesandte Vereinbarung in naher Zukunft von den Verantwortlichen für den Rettungsdienst und den medizinischen Katastrophenschutz der Provinz Lüttich, der GGD Süd-Limburg (NL), der Stadt Aachen sowie den Kreisen Aachen, Düren und Heinsberg unterzeichnet werden.

Wesentliche Grundlage der Vereinbarung ist der gemeinsam erarbeitete Einsatzplan „Eumed-Ambu“, der die operationellen Abläufe (z. B. Bestimmung von sog. Lotsenstellen und Sammelräumen) bei der nachbarschaftlichen rettungsdienstlichen Hilfeleistung regelt.

Der Rat der Stadt Aachen und der Kreistag des Kreises Aachen haben dem Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung bereits zugestimmt.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig, dem Abschluss der im Entwurf vorliegenden Kooperationsvereinbarung Eumed-Ambu zur grenzüberschreitenden medizinischen Hilfeleistung im Großschadensfall in der Euregio Maas-Rhein zuzustimmen.

Der Kreistag folgt der Empfehlung durch einstimmigen Beschluss. Der Originalniederschrift ist eine Ausfertigung der Kooperationsvereinbarung als Anlage beigefügt.

Tagesordnungspunkt 2:

Vorlage der Jahresrechnung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2005

Auf die allen Kreistagsabgeordneten mit der Einladung zur Sitzung des Kreistages zugesandte Übersicht „Feststellung des Ergebnisses des Haushaltsplans 2005“, die der Originalniederschrift als Anlage beigelegt ist, wird hingewiesen.

Die Jahresrechnung ist zunächst dem Kreistag zuzuleiten. Der Beschluss über die Jahresrechnung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt, nachdem der Rechnungsprüfungsausschuss seine Prüfung abgeschlossen hat.

Im Zusammenhang mit den Jahresabschlussarbeiten hat sich die Notwendigkeit zu einer weiteren Haushaltsüberschreitung bei der Haushaltsstelle 482.78300 (Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende) in Höhe von 612.076,53 € ergeben. Die Finanzierung der Mehrausgabe war durch die Vereinnahmung der Mittel aus der Wohngeldentlastung des Landes im Verwaltungshaushalt nach Fortfall der investiven Bindung dieser Mittel gewährleistet. Da diese Haushaltsüberschreitung in der Liste der Haushaltsüberschreitungen 2005, die dem Kreistag bereits am 21.02.2006 zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde, nicht enthalten war, ist sie dem Kreistag noch zur Kenntnis zu bringen.

Entsprechend dem Vorschlag des Finanzausschusses empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag einstimmig,

- a) die Jahresrechnung 2005 dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung zuzuleiten und
- b) die Haushaltsüberschreitung von 612.076,53 € bei Haushaltsstelle 482.78300 (Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende) zur Kenntnis zu nehmen.

Der Kreistag folgt den Empfehlungen des Kreisausschusses durch einstimmige Beschlussfassung.

Tagesordnungspunkt 3:

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006 und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2005 bis 2009

Die Entwürfe der Haushaltssatzung und des Investitionsprogramms wurden am 21.02.2006 in den Kreistag eingebracht und vom Kreistag zur Beratung an den Finanzausschuss verwiesen.

Entsprechend dem Vorschlag des Finanzausschusses empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag mehrheitlich bei einer Gegenstimme und sechs Enthaltungen, die Haushaltssatzung 2006 in der im Entwurf vorliegenden Fassung anzunehmen. Mit gleichem Abstimmungsergebnis empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag die Annahme des Investitionsprogrammes für die Haushaltsjahre 2005 bis 2009.

Zum Haushalt und zum Investitionsprogramm nehmen für die Kreistagsfraktionen die Kreistagsabgeordneten Herr Reyans, Herr Fürkötter, Frau Meurer und Herr Schreinemacher Stellung. Ihre Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Entsprechend den Empfehlungen des Finanzausschusses und des Kreisausschusses stimmt der Kreistag mehrheitlich bei 18 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen der Haushaltssatzung 2006 sowie dem Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2005 bis 2009 zu.

Tagesordnungspunkt 4:

Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Beschluss einer Resolution zur Rücknahme der Kürzungen von Personalzuschüssen für Frauenhäuser durch die Landesregierung

Auf den allen Kreistagsabgeordneten mit der Einladung zur Sitzung übersandten Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der der Originalniederschrift als Anlage beigefügt ist, wird hingewiesen.

Fraktionsvorsitzende Meurer begründet den Antrag ihrer Fraktion und dankt in diesem Zusammenhang Frau Schaaf für ihren Einsatz zur Unterstützung der Frauenhäuser.

Sodann stimmt der Kreistag mehrheitlich bei einer Gegenstimme dem Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

Tagesordnungspunkt 5:

Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Beteiligung des Kreises Heinsberg an der Flughafengesellschaft Mönchengladbach GmbH

Auf den allen Kreistagsabgeordneten mit der Einladung zur Sitzung zugesandten Antrag, der der Originalniederschrift als Anlage beigelegt ist, wird hingewiesen.

Vor Beginn der Beratungen nimmt Landrat Pusch Stellung und teilt mit, dass nach neu eingeholten Informationen der Ausbau des Flughafens Mönchengladbach mit einer Verlängerung der Start- und Landebahn nach wie vor aktuell sei. Das Planfeststellungsverfahren dauere derzeit noch an. Es stünde im Rahmen des Verfahrens noch eine Stellungnahme der Flughafengesellschaft Düsseldorf aus. Erst danach könne über das Planfeststellungsverfahren entschieden werden. Bei einem positiven Ausgang des Planfeststellungsverfahrens wäre eine Neuauflage des Verfahrens über den Gebietsentwicklungsplan im Regionalrat zeitnah vorgesehen. Seiner Ansicht zufolge sei es deshalb verfrüht, zum jetzigen Zeitpunkt im Sinne des vorliegenden Antrages den Kreistagsbeschluss über die Beteiligung an der Flughafengesellschaft Mönchengladbach vom 18.12.2003 aufzuheben.

Stellv. Fraktionsvorsitzender Reyans erklärt, dass die CDU-Kreistagsfraktion aus den von Herrn Landrat Pusch dargelegten Gründen den Antrag ablehnen werde. Fraktionsvorsitzende Meurer bekräftigt den Antrag ihrer Fraktion und stellt heraus, dass die Grundlage für eine Beteiligung des Kreises Heinsberg an der Flughafengesellschaft Mönchengladbach GmbH weggefallen sei. Seitens der SPD-Kreistagsfraktion spricht sich Fraktionsvorsitzender Fürkötter dafür aus, zunächst den Ausgang des Planfeststellungsverfahrens abzuwarten. Auch Fraktionsvorsitzender Schreinemacher ist dieser Meinung und ergänzt, dass der Antrag befristet zurückgestellt werden sollte. Danach findet auf Bitten von Frau Meurer wegen Beratungsbedarfs in ihrer Fraktion eine kurze Sitzungsunterbrechung statt. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Fraktionsvorsitzende Meurer, dass ihre Fraktion an einer politischen Zeichensetzung mit sofortiger Aufhebung des durch den Kreistag getroffenen Beitrittsbeschlusses gelegen sei. Man beantrage daher die Abstimmung über den gestellten Antrag.

In der sich anschließenden Abstimmung wird der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Beteiligung des Kreises Heinsberg an der Flughafengesellschaft Mönchengladbach GmbH bei fünf Ja-Stimmen und neun Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

**Antwort des Landrates auf die Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion vom 21.02.2006
betreffend Vorsorgemaßnahmen des Kreises Heinsberg gegen die Vogelgrippe**

Die Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion, die der Originalniederschrift beigelegt ist, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Gibt es Anzeichen der dort (Landkreis Rügen) aufgetretenen Vogelgrippe auch schon im Kreis Heinsberg oder ist davon auszugehen, dass hier nicht mit einer solchen Gefahr zu rechnen ist?

Bis zum jetzigen Zeitpunkt ist im Kreis Heinsberg noch kein Fall von Geflügelpest aufgetreten. Der letzte tägliche Lagebericht des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz- und Katastrophenhilfe führt bisher 195 aufgefundene, mit H5N1 Influenza-Virus infizierte Tiere in sieben Bundesländern an.

Die Gefahr des Ausbruchs der Tierseuche im Kreisgebiet ist zumindest bis zum Ende des Vogelzuges gegen Ende April als recht hoch einzuschätzen. Alle Regionen der Bundesrepublik Deutschland können von einem Ausbruch betroffen sein.

Die Tatsache, dass bisher kein Wirtschaftsgeflügel erkrankt ist, verstärkt die Hoffnung, dass die Aufstallpflicht bis Ende April eine Übertragung der Vogelgrippe von Wild- auf Hausgeflügel verhindert.

Zu Frage 2:

Welche kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Maßnahmen werden im Kreis Heinsberg ergriffen beim Auftreten von Vogelgrippeverdachtsmomenten?

Seit der Feststellung der Vogelgrippe im Landkreis Rügen wurden folgende Maßnahmen seitens des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes getroffen.

1. Sämtliche einschlägigen Verordnungen und Verfügungen wurden überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht.
2. Die bei einem Geflügelpest-Ausbruch benötigten Computer-Programme wurden ebenfalls überarbeitet.
3. Der Runderlass des Innenministeriums vom 14.12.2004 über Krisenmanagement durch Krisenstäbe bei Großschadensereignissen in NRW wurde umgesetzt (Strukturierung der Einsatzleitung im Tierseuchenfall mit Einbindung von Kräften des Krisenstabes).
4. Aktualisierung der Ablaufpläne, des einzusetzenden Personals und der Adressenverzeichnisse.
5. Koordinierungsgespräche mit Leitern bzw. Funktionsträgern von Kreisordnungsamt, Polizei, Feuerwehr und THW sowie Ordnungsämtern der Städte und Gemeinden.

6. Mehrmalige Information der Bevölkerung des Kreises über Presse, Rundfunk und Fernsehen. Vorhalten von Informationen und Formularen über die Homepage des Kreises.
7. Einsammlung und Untersuchung von relevanten verendeten Vögeln durch Amt 39 bzw. Ordnungsämter der Städte und Gemeinden. Bisher sind alle Ergebnisse negativ!
8. Übung mit dem THW und der Feuerwehr zwecks Errichtung einer Dekontaminationsschleuse.
9. Beschaffung von Schutzkleidung und Desinfektionsmitteln etc. für den eigenen Bedarf bzw. in Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt für den THW-Einsatz.

Liegen im Kreisgebiet konkrete Verdachtsmomente bei Hausgeflügel vor, werden seitens des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes die vorgeschriebenen tierseuchenrechtlichen Maßnahmen der Geflügelpest-VO etc. umgesetzt.

Kurzfristig zu treffende Maßnahmen wären z. B. neben dem Aufstallungsgebot:

- Anfertigung laufender Aufzeichnungen über den Bestand mit Anzahl verendeter Tiere etc.
- Verhängung und Durchsetzung eines Verbringungsverbotes, d. h., Geflügel darf weder aufs Gehöft verbracht noch aus dem Gehöft entfernt werden.

Bestätigt sich der Verdacht, werden mittelfristig z. B. folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Sperre des Bestandes
- Bildung von Restriktionsgebieten (z. B. Sperrbezirk, Beobachtungsgebiet mit drei bzw. zehn Kilometer Radius um den befallenen Betrieb)
- Tötung des Geflügels, Schätzung und unschädliche Beseitigung der Tiere.

Die Aufhebung der Schutzmaßregeln ist frühestens 30 Tage nach Abnahme der Desinfektion durch den beamteten Tierarzt möglich.

Zeitgleich mit den o. a. tierseuchenrechtlichen Maßnahmen werden bereits im Vorfeld eines Ausbruchs Unterstützungsmaßnahmen von Feuerwehr, THW, Polizei, Kreis- bzw. örtlichen Ordnungsbehörden durchgeführt in Form von

- Absperrmaßnahmen (einzelne Gehöfte, Sperrbezirke oder Beobachtungsgebiete) durch
 - Schilder
 - Flatterbänder
 - Aufschüttungen
 - Fahrzeugsperrren
 - verkehrslenkende Maßnahmen
- sonstigen Maßnahmen, z. B.
 - Einsammeln und Abtransport toter Tiere
 - Einfangen und Fixieren von Tieren
 - Mithilfe bei Dekontaminations-Schleusen
 - Zustellung von Einzelverfügungen
 - Bereitstellung von Fahrzeugen
 - Verpflegung der Einsatzkräfte.

Entwickelt sich die Lage zu einem krisenhaften Tierseuchengeschehen, ist der Krisenstab des Kreises durch den Landrat einzuberufen. Der Krisenstab der Verwaltung unterstützt die Einsatzleitung, die operativ-taktische Aufgaben wahrnimmt, durch die Erledigung administrativ-organisatorischer Aufgaben. Hierzu zählen z. B. Bereitstellung von Personal und Material oder Bevölkerungsinformation und Medienarbeit.

Krisenstab und Einsatzleitung sind zwar organisatorisch getrennt, die Zusammenarbeit in Form von Informations- und Lagebilderaustausch ist jedoch Grundvoraussetzung für die effektive Arbeit des Krisenstabes.

Zu Frage 3:

Gibt es einen Tierseuchennotfallplan?

Zur Bewältigung eines krisenhaften Seuchengeschehens wurden in NRW gemäß dem gemeinsamen Runderlass der Ministerien vom 27. September 2005 auf Landesebene das Landes-Tierseuchen-Kontrollzentrum (LaTiKo) und auf Kreisebene die lokalen Tierseuchen-Kontrollzentren eingerichtet.

Für die veterinärfachliche Tätigkeit im Krisenstab oder der Einsatzleitung des lokalen Tierseuchen-Kontrollzentrums bestehen für verschiedene Seuchen, wie klassische Schweinepest, Maul- und Klauenseuche oder auch bereits die Geflügelpest kreisspezifische Tierseuchen-Handbücher, die vorbereitete Alarm- und Ablaufpläne sowie konkrete Bekämpfungsmaßnahmen beinhalten und Vorsorgemaßnahmen zur Zusammenarbeit der Behörden und Institutionen regeln.

Zur personellen Unterstützung der Tierärzte des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes im Tierseuchenkrisenfall wurde weiterhin einem Rahmenübereinkommen zwischen Landkreistag, Städtetag und dem MUNLV beigetreten (23. Nov. 2005). Den entsprechenden Einsatz von praktischen Tierärzten regelt ein Übereinkommen zwischen der Bundestierärztekammer, dem Bundesverband praktizierender Tierärzte e. V. und dem Land NRW vom 9. September 2005.

Zu Frage 4:

Sind die freiwilligen Hilfskräfte (Feuerwehr, Rettungsdienste, THW usw.) und auch BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) auf einen solchen Fall vorbereitet?

Wie bereits bei der Beantwortung der zweiten Frage unter Ziffer 5 angeführt, haben am 23. und 24. Februar und 9. März 2006 Koordinierungsgespräche mit den Leitern bzw. Funktionsträgern von Kreisordnungsamt, Polizei, Feuerwehr, THW und Ordnungsämtern der Städte und Gemeinden stattgefunden. Eine Übung des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes mit THW und Feuerwehr zwecks Errichtung von Dekontaminationsschleusen wurde am 4. März 2006 erfolgreich durchgeführt.

Eine ausreichende Schutzausrüstung der o. a. Hilfsorganisationen ist bereits seit Jahren vorhanden bzw. wurde durch die Kreisverwaltung komplettiert.

Die Städte und Gemeinden wurden zudem bei der Bestellung von Schutzkleidung beraten. Medizinische Vorsorgeuntersuchungen für Atemschutzgeräteträger werden zurzeit vorbereitet. Feuerwehr, Rettungsdienste, THW und Polizei verfügen zudem über Notfallpläne und Maßnahmenkataloge, die sich bereits bei Großschadensereignissen bewährt haben.

Auch der Katastrophenschutz des Kreises überprüft regelmäßig die Einsatzbereitschaft der Einheiten der Hilfsorganisationen und deren materielle und personelle Ressourcen. Schließlich verfügt das Kreisgesundheitsamt für den Fall eines weltweiten Ausbruchs der Vogelgrippe beim Menschen (Pandemie) bereits über eine "Pandemieplanung Influenza" mit entsprechenden administrativen Vorgaben.

Zusammenfassend lässt sich somit feststellen, dass sowohl Veterinärfachverwaltung als auch Hilfsorganisationen und Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben auf den Ausbruch der Vogelgrippe vorbereitet sind. Hinzu kommt die Erfahrung, die o. a. Ämter und Organisationen im Rahmen der allseits positiv beurteilten Bekämpfung konkreter Seuchenzüge wie z. B. der

- Newcastle-Disease (atypische Geflügelpest) - Ausbruch 1993
- Klassische Schweinepest - Ausbruch 1999
- Maul- u. Klauenseuche - Ausbruch 2001 in NL mit Beschränkungen des Viehverkehrs etc. in NRW
- Geflügelpest - Ausbruch 2003 mit Anschlussperrbezirken etc. nach Ausbrüchen in NL

erworben haben.

Norbert Reyans
Kreistagsabgeordneter
Kleinwehrhagen 14
52538 Selfkant

Anlage zu TOP 3 der Niederschrift
des Kreistages am 06.04.2006

Stellungnahme der CDU Kreistagsfraktion zum Haushalt 2006
am 06. April 06

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Am 21.02.06 wurde der Entwurf der Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg 2006 vom Landrat in den Kreistag eingebracht. Also im laufenden Haushaltsjahr und damit so spät wie noch nie in seiner Geschichte.

Ich habe im Vorjahr den damaligen Zeitpunkt der Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2005 moniert.

Nun werden Sie sicherlich gespannt sein, welche Erklärung die CDU für das noch spätere Einbringen des Entwurf der Haushaltssatzung 2006 hat.

Nun, meine Damen und Herren, vielleicht sehen wir es so: die einen hatten 39 Jahre Zeit und hätten doch eigentlich geübt sein müssen im Einbringen des Haushaltes. Die neue Landesregierung macht es nun zum ersten Mal und da will man alles sehr genau und auch besser machen.

Sehen wir es sportlich und von Fairneß getragen, wenn es der Landespolitik gelingt, positive Veränderungen herbeizuführen, dann ist dies für uns hier, wie für alle Menschen im Land, etwas Gutes.

Und wie der Landrat in seinen Ausführungen bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes 2006 schon bemerkt hat, hoffen wir auf Besserung für das Haushaltsjahr 2007, da der Referenzzeitraum für die Ermittlung der Finanzausgleichsgrundlagen ab diesem Jahr auf die Zeit vom 01.10. des Vorjahres bis zum 30.09 des Vorjahres festgelegt worden ist.

Schließlich hat es ja auch etwas Gutes, dass wir uns so spät erst mit der Haushaltssatzung 2006 beschäftigen. So lagen die Rechnungsergebnisse von 2005 vor und konnten in den Haushaltsansätzen 2006 mit berücksichtigt werden. Im Hinblick auf die Auswirkungen der Neuregelung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist dies sicherlich von Vorteil, da so ein erster vollständiger Überblick möglich war.

Der soziale Bereich war, wie wir alle wissen, im vergangenen Jahr die Achillesferse des Haushaltes, der uns in die Situation brachte, erstmals seit 1981 wieder einen Nachtragshaushalt erlassen zu müssen.

Allerdings waren die Ursachen der Einnahmeausfälle nicht beim Kreis zu suchen, sondern die negativen Entwicklungen der Fallzahlen im Bereich von Hartz IV und der Erlass des Innenministeriums, die Mittel aus den Einsparungen der Wohngeldbeträge nicht in den Verwaltungshaushalt, sondern in den Vermögenshaushalt einzustellen.

In Anbetracht dieser Entwicklung wird auch in diesem Jahr der Unterabschnitt 482 – Leistungen für das Arbeitslosengeld II - eine Sorgenkind bleiben, so dass die zukünftige Entwicklung nur schwer einzuschätzen ist. Rückblickend bleibt die Erkenntnis, dass, auf Grund der Veränderungen im sozialen Bereich und der weiterhin angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt, verlässliche Aussagen nur schwer zu treffen sind.

Einige Bemerkungen zu den Rahmenbedingungen des Kreishaushaltes.

Erfreulich ist, dass die zu erwartenden Schlüsselzuweisungen für unseren Kreis gegen den allgemeinen Trend im Land, um 1,7 Mio. € auf 19,2 Mio. € steigen werden. Dies sind aber immer noch 2 Mio. € weniger als 2004.

Wie schon im Jahre 2005 werden auch 2006 durch die Kreditierung von Finanzmitteln der Verbundmasse 674,4 Mio. € von vornherein entzogen, das sind gegenüber der Verbundmasse von 2005 noch einmal 8,8 % weniger.

Gestatten Sie mir einen kleinen Exkurs zum Thema: Entwicklung der Landschaftsverbandsumlage. Hier hat der Artikel in der Heinsberg Zeitung vom Dienstag, den 28. März bei mir doch zu einiger Irritation geführt.

War hier doch nachzulesen, dass der Kreis Heinsberg Einsparungen in Höhe von 439 563 € zu erwarten habe. Ich weiß nicht, auf welcher Basis dieses Einsparungsergebnis zustande gekommen sein soll.

Tatsache ist, dass aufgrund der gestiegenen Umlagegrundlagen, trotz der Senkung des Hebesatzes von 17,3 % auf 17,1 % eine Mehrzahlung gegenüber 2005 von rd. 235 T€ für uns in diesem Jahr zu Buche steht.

Und in diesem Zusammenhang denke ich, muss man auch einmal erwähnen, dass einige Zuständigkeiten in den letzten Jahren vom Landschaftsverband an den Kreis übertragen worden sind, die ebenfalls zu einer stärkeren Belastung des Kreishaushaltes führen.

So möchte ich nur an die zusätzlichen Belastungen des II. Modernisierungsgesetzes erinnern. 2001 war zunächst ein Anteil von 25% der Kosten der Hilfe zur Pflege in Anstalten im Haushalt zu veranschlagen. Der Wert ist im Jahr 2004 von 75% auf 100% Anteil gestiegen. Dies bedeutet einen Anstieg der Kosten von 1.190.000 € (2001) über 2.450.054 € (2002) auf jetzt 5.500.000 €, ohne dass in diesen Jahren ein Ausgleich über eine Senkung des Hebesatzes der Landschaftsumlage erfolgt ist.

Im Jahr 2001 hatte der Kreis Heinsberg rd. 36 Mio. € zu zahlen und 2006 werden es rd. 39,3 Mio. €, dies ist eine Steigerung von 3,3 Mio. €.

Das bedeutet, dass gut 40 % der allgemeinen Kreisumlage an den Landschaftsverband fließen.

Die CDU Fraktion begrüßt es ausdrücklich, dass es gelungen ist, den Umlagebetrag der Kreisumlage gegenüber 2005 mit ca. 97 Mio. € für das Jahr 2006 beizubehalten.

Dies unterstreicht noch einmal sehr deutlich, dass der Kreis gegenüber den Kommunen eine Umlagepolitik mit Augenmaß betreibt.

Sicherlich trägt dies wiederum mit dazu bei, dass auch in diesem Jahr keine Stadt und keine Gemeinde im Haushaltssicherungskonzept ist.

Erfreulich ist, legt man die Umlagegrundlagen zugrunde, dass die Städte und Gemeinden ihre Finanzkraft sogar verbessern konnten.

So war in der Freitagsausgabe der vergangene Woche in der Heinsberg – Zeitung zu lesen, dass in Hückelhoven 2005 das höchste Aufkommen an Gewerbesteuer seit 1974 zu verzeichnen war. Und eine freie Spitze von fast einer Million Euro erwirtschaftet werden konnte.

Trotz einiger Verbesserungen gegenüber dem Haushalt 2005, z.B. im Bereich der Schlüsselzuweisungen, ist auch der Haushalt 2006 mit Unwägbarkeiten behaftet. Angesichts der steigenden Belastungen auf der Ausgabenseite bei den Sozialausgaben und den dort zum Teil wegbrechenden Einnahmen ist es begrüßenswert, dass die Kreisumlage, auch auf Grund der gestiegenen Umlagegrundlagen von 46,6 um 0,5 Prozentpunkte auf 46,1 Prozentpunkte gesenkt werden konnte und der Haushalt auch in diesem Jahr wieder ausgeglichen ist.

Meine Damen und Herren!

Der Einzelplan 4, `Soziale Sicherung` ist mit Ausgaben von etwas mehr als 90. Mio. € auch in diesem Jahr wieder der größte Einzelplan im Verwaltungshaushalt.

Hartz IV, die Gründung der ARGE und ihre Auswirkungen, die Entwicklung der Finanzen im Bereich der Einrichtungen der Jugendhilfe und hier vor allem der Rückzug des Bistums Aachen aus dem Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder machen deutlich, dass hier im laufenden Jahr, wie in den nächsten Jahren wohl schwierige Zeiten auf uns zu kommen werden.

Dabei gilt es festzuhalten, meine Damen und Herren von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, dass wir in der Analyse der Probleme uns sicherlich schnell einig sein werden.

Die Unterschiede dürften eher in den Lösungsansätzen der einzelnen Fraktionen deutlich werden.

Dabei sagen wir als CDU Fraktion:

Vieles ist sicherlich wünschenswert, aber nicht alles ist machbar und vor allem finanzierbar. Und es gilt, alle nur möglichen Kooperationspartner und Organisationen mit ins Boot zu nehmen. Und da, wo es nötig ist, die bestehenden Aufträge sowie ihre Mitarbeit einzufordern.

Meine Damen und Herren,

wir vernehmen in den Medien in den letzten Monaten und Wochen, dass die Menschen wieder optimistischer in die Zukunft sehen, dass der eine oder andere Wirtschaftsindex steigt. Die Stimmung in der Wirtschaft, bei den Betrieben ist so gut wie schon lange nicht mehr. Vieles spricht dafür, wenn wir den Fachleuten glauben, dass sich die Wirtschaft in diesem Jahr positiv entwickeln wird.

Die jüngsten Zahlen der Arbeitslosenstatistik zeigen eine leichte Entwicklung zum Besseren. Die Zahl der Arbeitslosen sank unter die Fünf-Millionen-Marke, dies ist jedoch nur ein schwacher Trost. Es geht zwar in die richtige Richtung, aber zufrieden kann damit noch niemand sein.

Hartz IV ist und bleibt ein Thema.

Die versprochene Entlastung von 2,5 Mrd. € bei der Einführung der Hartz IV - Gesetze sind bei den Kreisen, Städten und Gemeinden nicht angekommen. Positiv zu werten ist lediglich die Zusage vom Bund, sich an den Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen des Arbeitslosengeldes II auch 2006 mit 29,1 % zu beteiligen; dies macht immerhin einen Betrag von ca. 10 Mio. € aus. Und was uns als CDU - Fraktion besonders erfreut, ist, dass die Vereinnahmung der Wohngeldentlastung von knapp 2,6 Mio. € im Verwaltungshaushalt möglich ist. Nachdem wir hier im letzten Jahr ein hin und her erleben mussten, sind die Aussagen nun eindeutig.

Die Ansetzung der Kosten für Unterkunft und Heizung im Kreishaushalt mit 34,5 Mio. € sind nach Aussagen des Kämmerers sehr optimistisch. Hoffen wir, dass dieser Optimismus auch 2006 in der Realität zum Tragen kommt. Denn nach den Ergebnissen der Monate Januar und Februar 2006, hoch gerechnet auf das ganze Jahr, ergibt sich eine Bedarf von rd. 35,2 Mio. €.

Seit Juli letzten Jahres hat die ARGE ihre Arbeit aufgenommen. Und bei ihrer Gründung ging man von 8700 Bedarfsgemeinschaften aus, die Ausgangspunkt zur Berechnung eines entsprechenden Personaltableaus waren; so standen der ARGE 146,5 Stellen zur Verfügung.

Im Februar 2006 nun liegt die Zahl der Bedarfsgemeinschaften bei 10.037 – so die offizielle Zahl der Bundesagentur. Die ARGE hat darauf hin ihr Personaltableau angepasst und geht im Jahr 2006 von 10.500 Bedarfsgemeinschaften aus. Daraus folgte die Schaffung von weiteren 30 neuen Stellen, die sich nun auf insgesamt 176 belaufen.

Nach Aussage von Frau Machat ist mit der Verkürzung der Anspruchszeiträume beim Arbeitslosengeld I von einer weiteren Erhöhung der Bedarfsgemeinschaften auszugehen. Im Jahr 2006 werden nach Auskunft der Agentur für Arbeit, Aachen fast 3000. Personen aus dem Arbeitslosengeld I Bezug herausfallen. Erfahrungsgemäß wird ein Drittel dieser Menschen hilfebedürftig sein und Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben.

Erschwerend kommt hinzu, dass ca. 50% der Arbeitslosen im Bereich von SGB II und SGB III keine Berufsausbildung haben. Diese Zahlen machen deutlich, wie angespannt die Situation auch weiterhin ist, trotz sinkender Arbeitslosenquote. Es gilt, sich verstärkt für die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten im zweiten Arbeitsmarkt einzusetzen.

Im Jahre 2006 wird ein Schwerpunkt der ARGE, entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen, die Betreuung der Arbeitslosengeld -II- Empfänger unter 25 Jahren sein.

3.123 junge Menschen unter 25 Jahre sind hiervon betroffen.

152 Plätze in Maßnahmen der Berufsvorbereitung bzw. Berufsorientierung, 1.721 Plätze in Maßnahmen zur Vorbereitung für eine Tätigkeit am ersten Arbeitsmarkt und 725 Plätze in Maßnahmen im zweiten Arbeitsmarkt sind vorgesehen.

Diese Zahlen verdeutlichen, wie wichtig es ist, dass jungen Menschen in unserem Land wieder eine Zukunftsperspektive geboten wird. Es ist zu wünschen, dass diese Maßnahmen der ARGE auch angenommen werden und zum Erfolg führen.

Diese Ausführungen machen deutlich, dass Ansätze zur Hilfe und zur Verbesserung der Situation der Menschen ohne Arbeit angeboten werden. Dennoch ist und bleibt es eine der vorrangigsten Aufgaben der Politik, die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern, damit neue Arbeitsplätze entstehen. Aber auch die Wirtschaft bleibt weiter in der Pflicht, nicht alleine die Renditen und vor allem nicht die Streichung von Arbeitsplätzen durch Synergieeffekte als die Erfolgsmeldungen zu verkünden, sondern die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Einstellung von Menschen in Lohn und Brot.

Ich weiß sehr wohl, dass gerade unsere Handwerksbetriebe und mittelständischen Unternehmen heute schon Spitzenreiter bei der Ausbildung von Lehrlingen sind. Und dennoch möchte ich Sie von dieser Stelle aus bitten, den jungen Menschen eine Perspektive zu geben, in dem Sie vielleicht doch noch den einen oder anderen Lehrling einstellen. So standen Ende Februar 1773 Lehrstellenbewerber 862 gemeldeten Ausbildungsplätzen gegenüber.

Meine Damen und Herren!

Es ist erfreulich, dass der Umlagebedarf im Jugendamtsbereich im Vergleich zu anderen Kreisen nur leicht ansteigt.

Der Hebesatz der Jugendamtsumlage sinkt sogar in diesem Jahr um 0,73 % - Punkte auf 16,195 Prozentpunkte. Wie wir aber vorhin bei der Landschaftsverbandsumlage erkannt

haben, heißt dies nicht, dass die Gemeinden und Städte nun automatisch weniger zahlen müssen. Denn die Kosten der Jugendhilfe steigen, um rd. 100 T €.

Mit Sorge betrachten wir im Bereich des Jugendamtes, das Einfrieren der Landesmittel auf dem Niveau von 2005.

Am 14. März 06 hat der Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag CDU - Fraktion eine Resolution einstimmig verabschiedet, in der die Landtagsabgeordneten aufgefordert werden, sich dafür einzusetzen, wieder den Betrag von 96 Mio. € für Jugendarbeit im Land NRW bereitzustellen, so wie es bei den Beratungen im Jahre 2004 zugesagt worden ist.

Denn im Vertrauen darauf, dass die Reduzierung des Landeszuschusses nur vorübergehend ist, haben sich die Vertreter im Jugendhilfeausschuss und die Träger der Jugendeinrichtungen auf eine Übergangslösung verständigt, die so in der Zukunft nicht fortgesetzt werden kann. Sollten die Einschränkungen dauerhaft sein, ist eine Kompensation der ausfallenden Landesmittel auf Kreisebene vielleicht nicht zu leisten.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf den Antrag der SPD, zum Ausbau der Schulsozialarbeit eingehen, den sie im Jugendhilfeausschuss, Finanzausschuss und Kreisausschuss gestellt hat.

Meine Damen und Herren, auch die CDU – Fraktion sieht hier Bedarf für Schulsozialarbeit an den Berufskollegs. Allerdings sind wir der Auffassung, wie schon im Ausschuss erklärt, dass gerade in den ersten Wochen des Schuljahres dieser Bedarf sehr hoch ist. Hier muss nach unserer Meinung verstärkt mit den Schülern gearbeitet werden, um zum einen die anstehende Schullaufbahn zu planen und zum anderen die Möglichkeiten auszuschöpfen, einer noch möglichst großen Anzahl von Schülerinnen/Schülern eine Lehrstelle zu vermitteln.

Wir sehen hier die ARGE und die Agentur für Arbeit in der Pflicht, die die Aufgabe haben sich in besonderer Weise, um die unter 25jährigen ohne Arbeit und Ausbildungsplatz zu kümmern.

Zudem versprechen wir uns von einer noch engeren Zusammenarbeit der zuständigen Jugendämter eine Verbesserung der derzeitigen Situation an den Berufskollegs.

Genau an dieser Stelle tritt ein, was ich vorher schon gesagt habe: Vieles ist wünschenswert, aber nicht alles ist machbar. Vielleicht bringt der von uns auf gezeigte Weg schon die gewünschte Entlastung.

Die Medien von Presse, Funk und Fernsehen haben sich in den letzten Wochen und Monaten damit befasst, wie es denn gelingen kann, dass in Deutschland wieder mehr Kinder geboren werden.

Man sah die Deutschen schon als aussterbendes Volk und schnell hatte man die verschiedensten Gründe dafür ausgemacht. Die fehlenden Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten von Kindern, die ungeklärte Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und vieles mehr seien Schuld an dieser Entwicklung. Lösungsvorschläge gab es gleich im Dutzend, sie reichten von der Abschaffung der Elternbeiträge für die Kindertagesstätten und damit verbundenen Kürzungen des Kindergeldbetrages bis hin zu den neuesten Überlegungen, Gelder nicht mehr in Form von Zuwendungen an die Eltern zu leisten, sondern konzentriert in den Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten zu investieren. Es wäre mehr als lobenswert, wenn solide und verlässlich finanzierte Alternativen entwickelt werden könnten.

Aber wie das so oft ist, es gilt Prioritäten zu setzen und Prioritäten verlangen Einschnitte und Einschränkungen an anderer Stelle.

Denn wie heißt es so schön: „Man kann den Euro nur einmal ausgeben“. Und Kredite als Normalfall für Finanzierungen anzusehen ist keine Lösung mit einem positiven und nachhaltigen Effekt.

Tatsache ist, dass die Finanzkrise des Bistums Aachen im Kindergartenbereich auch für uns erhebliche Auswirkungen haben wird. Was geschieht, wenn vermehrt katholische Kindertagesstätten aufgrund finanzieller Not den Betrieb einstellen müssen?

Hinzu kommt, dass nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz der Kreis Heinsberg als Träger der öffentlichen Jugendhilfe, spätestens bis zum Jahr 2010, ein bedarfsgerechtes Angebot für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren vorzuhalten hat.

Hierzu habe ich in der Haushaltsrede 2005 die Position der CDU Kreistagsfraktion vorgetragen, die auch heute noch unverändert gilt. Lösungen in diesem Bereich sollen weitestgehend kostenneutral sein. Das heißt, da wo Mittel frei werden, zum Beispiel durch Gruppenschließungen, kann der Ausbau der Betreuung von unter 3 jährigen Kindern erfolgen. Zumal die bei Hartz IV versprochenen Einsparungen in keiner Weise realisiert werden konnten. Immerhin war hier die Rede von 1,5 Milliarden €, die zur Schaffung von Betreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder zur Verfügung stehen sollten.

In der Kreisausschusssitzung der vergangenen Woche haben wir erfahren, dass kreisweit durch die Regelung bei Hartz IV ein Plus 100.000 € in diesem Zusammenhang zu verzeichnen ist, mehr nicht.

Aus der Fortschreibung des 19. Kindergartenbedarfsplanes für den Kreisjugendamtsbezirk Heinsberg wissen wir, dass für die Kindergartenjahre 2006/07 486 freie Plätze und für das Kindergarten Jahr 2007/08 sogar 747 freie Plätze zu erwarten sind.

In Anbetracht dieser Entwicklungen halten wir den von uns eingeschlagen Weg, Gruppen, die geschlossen werden in kleine altersgemischte Gruppen umzuwandeln auch weiterhin für richtig und sind davon überzeugt, dass wir bis 2010 ein bedarfsgerechtes Angebot für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren erreicht haben werden.

So ist beabsichtigt zwei Regelgruppen, die am Ende des Kindergartenjahres 2005/06 geschlossen werden, in zwei kleine altersgemischte Gruppen umzuwandeln.

Wir sehen den Kreis Heinsberg hier auf einem guten Weg, es werden den jungen Familien auch weiterhin in ausreichendem Maße Betreuungsplätze für ihre Kinder zur Verfügung gestellt.

Erfreulich für den Kreis Heinsberg ist es, dass die Kreissparkasse Heinsberg auch in diesem Jahr 400.000 € an Spenden im sozialen Bereich leistet. So erhalten die Verbände der freien Wohlfahrtspflege, die komplementären Dienste, die Erziehungsberatungsstellen und die Schuldnerberatungsstelle eine Unterstützung und dies führt somit auch zu einer Entlastung des Kreishaushaltes.

In der Sitzung des Kreisausschusses vom 30.März 06 teilte der Landrat mit, dass das zuständige Landesministerium für den Kreis Heinsberg, die maximale Landesförderung von 53.453€ für die Regionalstelle Frau und Beruf vorsehe. Mit dem Bescheid vom 23 Februar 2006 sei auch eine Zuwendung in Höhe von 26.725,50 € durch das Ministeriums bewilligt worden. Die andere Hälfte der Zuwendung soll nach der Verabschiedung des Landeshaushaltes bewilligt werden.

Manch eine/einer sah nach der angekündigten 20% Kürzung diese Stelle schon als gestrichen an.

Und wahrscheinlich waren die Anträge zur Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln im Haushalt schon geschrieben. Doch durch die Ressorts übergreifende Zusammenarbeit vom Amt für Schule , Kultur und Weiterbildung, dem Haupt- und Personalamt und dem Jugendamt

wurde einen Konzeption erstellt, die die Weiterführung der Regionalstelle Frau und Beruf ermöglicht. Ein besonderes Augenmerk bei der Erstellung der Konzeption und Planung, wurde darauf gelegt, Aufgaben, die bisher parallel geleistet wurden, zu konzentrieren.

Ihnen allen, die Sie an dieser Lösung mitgewirkt haben, sage ich im Namen der CDU-Fraktion herzlich Dank.

Der Regionalstelle „Frau und Beruf“ wünschen wir für die Zukunft eine weiterhin erfolgreiche Arbeit.

Der ÖPNV ist ein Dauerthema und wird uns im Laufe des Jahres sicherlich wieder beschäftigen. Denn der ÖPNV ist eine Aufgabe der Daseinsfürsorge des Kreises. Themen wie Multibus, Bürgerbus, Umfang der Leistungen und Kosten stehen sicherlich auf der Agenda.

Hier sind wir alle aufgerufen, im Kreistag und in Absprachen mit den Städten und Gemeinden gute und finanzierbare Lösungen für die Zukunft des ÖPNV im Kreis Heinsberg zu finden.

Für das Jahr 2006 werden Kosten in Höhe von 6.611 Mio € veranschlagt. Diesen Kosten stehen entsprechende Gewinne der Kreiswerke aus den Strom – und Gasgewinnen gegenüber, die zu 50,25% unmittelbar in den Kreishaushalt fließen und zu 49,75% zum Ausgleich den kommunalen Haushalten zur Verfügung stehen.

Gewinne und Einnahmen: zwei Stichworte, die das Kreiswasserwerk betreffen. Konkret geht es hier um die Gewinnabführung der Kreiswasserwerke GmbH.

Der Kreis Heinsberg ist alleiniger Gesellschafter an der Kreiswasserwerk GmbH und hat dieser ein Stammkapital von ca. 7,5 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Der Landrat hat bei der Einbringung des Haushaltes den § 109 GO zitiert, der sagt:

„Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.“ Und in § 109 Abs.2 heißt es: „Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals verwirtschaftet wird“.

Und im § 56 KrO wird darauf hingewiesen, dass eigene Einkommensquellen vor der Erhebung der Kreisumlage zur Deckung des Haushaltes einzusetzen sind, da ansonsten die Haushaltssatzung zumindest rechtlich angreifbar wäre.

Wir unterstützen das Ansinnen des Landrates, dass eine Ausschüttung des Kreiswasserwerkes der Regelfall sein sollte, und Kriterien für die Grenze einer Ausschüttung die Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens und die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens bilden. Soweit Ausschüttungen nur durch eine überzogene Preispolitik oder durch Verzicht auf notwendige wirtschaftliche Weiterentwicklung des Unternehmens zu erkaufen wären, wäre eine Ausschüttung selbstverständlich nicht angebracht.

Davon ist man im Kreiswasserwerk bei dieser Preispolitik weit entfernt: Ein Vergleich der Wasserpreise mit benachbarten Unternehmen zeigt, dass die Bürger einen günstigen Preis zahlen. Seit 1995 gab es Wasserpreissteigerungen nur aufgrund erstmaliger Konzessionsabgaben und bei der Einführung des Wasserentnahmeentgeltes. Nicht außer Acht zu lassen sind die jährlich gezahlten Konzessionsabgaben von 930 T€ an die jeweiligen Städte, sowie die Gewerbesteuer von 200 T€.

Gleichwohl ist es dem Kreiswasserwerk gelungen in den letzten Jahren Gewinne von 560 T€ - 770 T€ zu erwirtschaften.

Diese Zahlen sprechen für sich. Es zeigt sehr eindrücklich, dass Betriebe der öffentlichen Hand sehr wohl erfolgreich arbeiten und ist ein handfestes Argument gegen den Trend möglichst viele Betriebe zu privatisieren.

Auffallend ist am diesjährigen Haushalt, dass viele neue Haushaltsstellen eingerichtet worden sind. Dies sind die ersten sichtbaren Auswirkungen zur Einführung des NKF im Jahre 2008.

Sie, Herr Landrat, haben schon darauf hingewiesen, dass es bis zur Einführung des NKF noch eine Vielzahl von Problemen zu lösen gilt. So haben sie auf den Zusammenhang von jetzt getätigten Investitionen im Hinblick auf die Verbesserung der Infrastruktur des Kreises und den daraus resultierenden Abschreibungen hingewiesen, die demnächst unseren Haushalt belasten können.

Für uns als Kreistagsabgeordnete gilt es Neues zu lernen, hier gibt es ja zahlreiche Angebote zur Schulung und Fortbildung im Bereich NKF und wir werden mit aller Kraft und hoffentlich auch viel Idealismus die völlig neuen Denkweisen versuchen zu verinnerlichen, damit auch die politische Arbeit in diesem Haus erfolgreich fortgesetzt werden kann.

Vermögenshaushalt

Die Investitionen im Bereich der Schulen sind zu einem großen Teil erfolgt. Größere Maßnahmen sind hier noch im Bereich des Kreisgymnasiums Gebädetrakt II, dem Berufskolleg Wirtschaft in Geilenkirchen und der Gebrüder-Grimm-Schule vorgesehen, mit einem Volumen von ca. 2,1 Mio. €.

Obwohl diese Investitionen einen hohen Kreditbedarf auslösen, halten wir es weiterhin für richtig, dass die Schulpauschale auch in diesem Jahr wieder in voller Höhe von ca. 1.37 Mio. € dem Verwaltungshaushalt zugeführt wird, um auf diese Weise den Kreisumlagebedarf zu entlasten.

Selbstverständlich muss gewährleistet sein, dass den Mittel der Schulpauschale auch entsprechende förderfähige Ausgaben im Verwaltungshaushalt gegenüber stehen. Neben diesen Baumaßnahmen sind die Investitionen im Bereich der Kreisstraßen von rd. 4 Mio. € zu nennen. Die Kreditaufnahme ist mit rd. 7,4 Mio. € ausgewiesen, die Netto Neuverschuldung liegt bei rd. 5,1 Mio. €, so dass wenn alle Investitionen zum Jahresende 2006 umgesetzt worden sind der Schuldenstand bei 43,4 Mio. € liegen wird. Die Verschuldung je Einwohner steigt damit von 129,04 auf 148,35 Euro.

Dieser Entwicklung sehen wir allerdings nicht als beunruhigend an, weil dem entsprechende Investitionen gegenüber stehen.

Investitionsprogramm

Aus dem Investitionsprogramm wird deutlich, dass für die Jahre 2007-2009 Ausgaben von 28 Mio. € vorgesehen sind. Der größte Teil dieser Investitionen wird im Bereich des Straßenbaus erfolgen. Allerdings sind diese Ausgaben abhängig von den jeweiligen Zuschussgewährungen. Wir hoffen, dass diese Projekte umgesetzt werden können, damit belastende Verkehrsverhältnisse in den Ortschaften endlich eine Lösung erfahren.

So sind sicherlich der Bau der B56n und alle damit verbundenen Veränderungen von großer Bedeutung z.B. EK3 oder Antrag einer Umgehung im Selfkant.

Schlussbemerkung

Der Ausblick auf das Jahr 2006 und die kommenden Jahre ist wenn man die Indikatoren und jüngsten Zahlen aus der Wirtschaft betrachtet, als vorsichtig optimistisch zu werten.

Doch ist unser politisches Handeln in der Gegenwart zur Zeit begrenzt durch die Politik der Vergangenheit und die prägt unsere jetzigen Möglichkeiten und damit auch die Zukunft.

Wir in NRW spüren dies sicherlich in besonderer Weise, über 110 Mrd. € Schulden hat das Land NRW und die lassen sich nicht einfach weg diskutieren. Wir spüren dies aktuell, wenn es um Kürzungen in den jeweiligen Fachressorts geht, jeder von uns hat sicherlich ein gutes Argument, warum gerade dieser oder jener Bereich ausgenommen werden soll, die Handlungsspielräume sind eng.

Dass wir hier als CDU Kreistagsfraktion durchaus einmal anderer Meinung sind als die CDU in der Landesregierung liegt in der Natur der Sache, so geschehen im Bereich der Jugendhilfe. Für den Kreishaushalt 2006 ist sicherlich entscheidend, dass der prognostizierte Aufschwung, schnell positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat, damit wieder mehr Menschen Arbeit finden und es im Bereich der Kosten für die Unterkunft und Heizung der Arbeitslosengeld II Empfänger nicht zu einer weiteren Belastung, sondern Entlastung der angespannten finanziellen Situation kommt.

Aber auch die Entwicklung im Bereich der Kindertagesstätten und die vorgesehenen Gesetzesänderungen gilt es im Auge zu behalten.

Es bleibt festzuhalten, die Entwicklung im Bereich der Schlüsselzuweisung ist für uns erfreulich, da wir in diesem Jahr 2 Mio. € mehr erhalten haben.

Positiv herauszuheben ist, dass der Umlagebetrag der allgemeinen Kreisumlage 2006 gegenüber 2005 unverändert 97 Mio. € beträgt.

Die Verlagerung von Aufgaben des Bundes und Landes in die Kreise, Städte und Gemeinden gilt es auch in Zukunft kritisch zu beobachten. Sie sollten nur noch nach dem Konnexitätsprinzips erfolgen, da diese Verlagerung wie die Erfahrung gelehrt hat mit erheblichen finanziellen Risiken behaftet ist. Die oft entstehenden Folgekosten für die öffentliche Hand, werden mit der Einführung des NKF hier vielleicht für noch mehr Transparenz sorgen.

Meine Damen und Herren!

Im Namen meiner CDU Kreistagskolleginnen und Kollegen möchte ich mich beim Kämmerer, Herrn Schöpgens, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit ganz herzlich bedanken.

Die CDU Kreistagsfraktion stimmt dem Entwurf des Kreishaushaltes 2006 und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2006- 2009 zu.

Einen herzlichen Dank gilt auch den Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen für die sachliche Zusammenarbeit im Kreistag und in den Ausschüssen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Rede zum Entwurf der Haushaltssatzung 2006 des Kreises Heinsberg

von Franz-Josef Fürkötter,
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag Heinsberg

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

das ist neu: dass wir den Haushalt des Kreises für das laufende Jahr erst im zweiten Quartal hier im Kreistag beraten und verabschieden. Aber das geht schon in Ordnung, denn, wie schon der westfälische Mathematiklehrer, den Johannes Rau einmal zitierte, richtig gesagt hat: „Richtigkeit geht vor Fixigkeit.“ Solange ihm die notwendigen Zahlen des Landes nicht vorliegen, kann der Kämmerer eben auch keinen seriösen Haushalt vorlegen.

Neu ist ebenfalls, dass Aussicht darauf besteht, ab dem kommenden Jahr wieder – wie früher üblich – zum Jahresbeginn einen verabschiedeten Haushalt zu haben; Sie, Herr Landrat, haben darauf bei der Einbringung des Haushalts hingewiesen, ich komme darauf später zurück.

Neu, im Vergleich zur letztjährigen Haushaltsverabschiedung, sind aber auch – und vor allem – die politischen Konstellationen in Bund und Land: so viel neu war nie oder jedenfalls selten, das ist sicher. Waren vor Jahresfrist in Berlin und Düsseldorf noch rot-grüne Regierungen am Ruder, regiert nun im Bund die Große Koalition, und in Nordrhein-Westfalen hat schwarz-gelb das Zepter übernommen. Auch für uns hier im Kreistag hat das zunächst einmal eine etwas veränderte „Schlachtordnung“ zur Folge: Während für die CDU-Fraktion, und ganz besonders für ihren Vorsitzenden, in der Vergangenheit alles Übel aus Berlin und Düsseldorf kam, müssen Sie nun – wohl oder übel mit uns zusammen – die Politik der Bundesregierung vertreten. Und darüber hinaus haben Sie die freudvolle Aufgabe, für das mit in Haftung genommen zu werden und den Menschen erklären zu müssen, was da so alles von der schwarz-gelben Landesregierung veranstaltet wird.

Dass Sie beim Erfüllen dieser neuen Aufgabe noch üben und erkennbar auch noch erheblichen Abstimmungsbedarf haben, das war und ist am Beispiel der Jugendförderung sehr deutlich zu verfolgen. Nachdem Herr Paulsen noch vor wenigen Wochen wahrheitswidrig der Öffentlichkeit hatte weismachen wollen, von Kürzungen im Bereich des Landesjugendplans könne überhaupt keine Rede sein, hat die CDU-Kreistagsfraktion am 14. März im Jugendhilfeausschuss eine – vom Ausschuss dann einstimmig verabschiedete – Resolution vorgelegt, die, wenn auch sehr vorsichtig formuliert, das, und das heißt ja wohl die Landesregierung und die sie tragende Koalition im Landtag, auffordert, eben die Kürzungen zurückzunehmen, die es nach Herrn Paulsen gar nicht gibt. Nehmen wir das positiv: als einen erkennbaren Schritt hin zu Wahrheit und Realitätsbezug.

Es ist ja offenkundig richtig: „Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft, und so müssen wir sie auch behandeln...Politik und Gesellschaft müssen ihre Anliegen ernst nehmen, ihnen ausreichende Möglichkeiten und Chancen zur Persönlichkeitsentwicklung geben...“ Das ist ein Zitat des Ministers für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW,

Armin Laschet, und man kann dem nur lebhaft zustimmen. Allerdings müssen den Worten dann auch Taten folgen; die erneute Befassung des Landtages mit dem Kinder- und Jugendfördergesetz aufgrund der erfolgreichen Volksinitiative wird dazu Gelegenheit geben. Eines ist jedenfalls sicher: dass nämlich, wie es in der Resolution des Jugendhilfeausschusses vom 14. März heißt, „eine Kompensation der ausfallenden Landesmittel auf Kreisebene nicht zu leisten ist“, jedenfalls nicht auf Dauer.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich mit Blick auf GFG und Schlüsselzuweisungen noch ein wenig beim Land Nordrhein-Westfalen bleiben. Der Kreis erhält in diesem Jahr voraussichtlich Schlüsselzuweisungen des Landes i.H.v. 19,26 Mio. €, das rd. 1,76 Mio. € mehr als im Vorjahr. Dies ist zunächst einmal ebenso erfreulich wie die Tatsache, dass das Land die Gemeinden und Kreise auch schwarz-gelb weiterhin mit seit vielen Jahren geltenden Verbundsatz von 23 v. H. an den Gemeinschaftssteuern und an vier Siebteln der Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer beteiligt. Dass der daraus resultierende Verbundbetrag dennoch um 8,8 % geringer ausfällt als im Vorjahr – Sie, Herr Landrat, erwähnten dies bei der Einbringung des Haushalts -, ist darauf zurückzuführen, dass von diesem Betrag bereits – letztmals – die Kreditierung und Abrechnungen sowie Vorwegabzüge abgesetzt sind. Dies ist im Grundsatz ein akzeptables Verfahren; zur Entlastung der Kommunen wäre es jedoch sinnvoll und wünschenswert gewesen, den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände zu folgen und den kreditierten Betrag – immerhin 674 Mio. € - nicht einmalig in diesem Jahr zu verrechnen, sondern diese Verrechnung in Raten bis zum Ende der Legislaturperiode zu strecken, zumindest jedoch auf zwei Jahre zu verteilen. Im übrigen ist es ganz sicher nicht angemessen, Herr Landrat, „Kreditierung“ als das haushaltsrechtliche Unwort der letzten Jahre zu qualifizieren, da es sich hierbei um ein von Anfang an mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmtes Verfahren handelte, um der kommunalen Familie über eine für beinahe alle Städte, Gemeinden und Kreise äußerst schwierige Durststrecke hinwegzuhelfen.

Meine Damen und Herren,

die Kreisumlagegrundlagen verbessern sich in 2006 gegenüber dem Vorjahr um 2,25 Mio. € auf nunmehr 210,5 Mio. €. Dies hat zur Folge, dass der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage, trotz gleich bleibender Einnahmeerwartung i.H.v. 97,05 Mio. €, um einen halben Prozentpunkt auf 46,1 Prozentpunkte gesenkt werden kann. Gleichwohl bleibt der Hebesatz damit auf einem landesweit beinahe konkurrenzlos hohen Niveau. Die IHK hat dies kritisch angemerkt, und Sie, Herr Landrat, haben sich die IHK daraufhin in Ihrer Einbringungsrede, etwas flapsig ausgedrückt, mal richtig zur Brust genommen, frei nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“. Nun finden Sie mich im Normalfall gewiss auf Ihrer Seite, den Zumutungen der IHK und ihrer Gesinnungsgenossen zu begegnen; denn die sind ja in aller Regel von einer Einstellung geprägt, die den Staat auf die vielzitierte „Nachtwächterfunktion“ beschränken möchte, die nahezu alle staatlichen Aufgaben am liebsten den wundersamen Kräften des Marktes überlassen würde, wenn Sie könnte, und für die schließlich Steuern und Abgaben prinzipiell von Übel sind. Und im vorliegenden Fall ist außerdem die Argumentation der IHK, da haben Die vollkommen Recht, ausgesprochen dünn.

Dessen ungeachtet ist Höhe des Hebesatzes der Kreisumlage sehr wohl kritisch zu betrachten. Und dies geschieht ja hier im Kreistag – mal nur im Rückblick auf die letzten drei, vier Jahre – auch keineswegs zum ersten Mal. Hatten wir hier im Kreis Heinsberg in der zweiten Hälfte der 90er Jahre einen relativ stabilen Kreisumlage-Hebesatz um die 38 Prozentpunkte – mit leicht sinkender Tendenz auf 37,7 im Jahre 2000 -, so hat seitdem eine regelrechte Hebesatz-Achterbahnfahrt eingesetzt von 32,5 Prozentpunkten in 2001 und 2002 über 39,85 und 37,54 in 2003 und 2004 bis hin zu der jetzigen Höchstmarke von 46,6 bzw. 46,1 Prozentpunkten im letzten und in diesem Jahr. Mit dem niedrigsten Hebesatz im Zehnjahres-Zeitraum, den 32,5 Prozentpunkte 2001/2002, lag der Kreis Heinsberg auf Platz 16 der 31 Kreise in Nordrhein-Westfalen, genau in der Mitte also, und die von Ihnen, Herr

Landrat, durchaus zutreffend angeführten regionalen Unterschiede gab es vor fünf Jahren auch schon. Und einen Spitzenplatz in NRW haben ja nicht erst mit dem zweithöchsten Hebesatz in 2005 – auf den die IHK jetzt, man könnte auch sagen: jetzt erst, aufmerksam geworden ist – erreicht, sondern bereits in 2003, als nur drei Kreise im Land einen höheren Hebesatz ausgewiesen haben – lange bevor irgendjemand auf so etwas wie ein „Herforder Modell“ hätte kommen können. Und überdies sind wir ja auch keine „Sonstige-Umlagenfreie-Zone“; Jugendamtsumlage, Kreismusikschulumlage, Umlage für das Kreisgymnasium kennen wir seit Jahren, ganz zu schweigen von unserer Finanzierungslösung für den ÖPNV mit Verteilung der Hälfte der KWH-Anteile auf die Kommunen, steuerlichem Querverbund und vorlaufender Stromgewinnausschüttung, deren umlagebedeutsamen Auswirkungen ja sehr differenziert zu betrachten und zu bewerten sind.

Unterm Strich, meine Damen und Herren, bleibt: Der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage ist, für sich genommen und im Vergleich mit anderen, sehr hoch, nach unserer Auffassung inzwischen zu hoch; ihn wieder auf gemeindefreundliche Höhe zurückzuführen, halten wir für eine vordringliche Aufgabe der nächsten Jahre.

Diese Aufgabe zu erfüllen, das wird sicher nicht leichter angesichts von zwei weiteren, nicht minder problematischen Entwicklungen, die im Haushalt erkennbar werden.

Zum einen hat die Verschuldung des Kreises ein noch vor wenigen Jahren für undenkbar gehaltenes Allzeit-Hoch erreicht, ganz gleich, ob man die 36,02 Mio. € zugrunde legt, die einem Schaubild zu entnehmen sind, das der Kämmerer begleitend zum Haushalt vorgelegt hat, oder die 38,12 Mio. € aus dem Vorbericht oder gar die 43,4 Mio. €, die als Soll-Schuldenstand Ende 2006 im Schreiben an die Bürgermeister vom 30. Januar angegeben sind. Wenn wir auch nur von dem mittleren der drei Werte ausgehen, haben wir es im Fünfjahres-Zeitraum mit einer Zunahme der Verschuldung von, sage und schreibe, 124% zu tun, einem Anstieg der Schulden also auf weit mehr als Doppelte gegenüber dem Jahresende 2001.

Zum andern soll, parallel dazu, die Rücklage, folgt man dem Haushaltsplan, bis zum Ende dieses Jahres vollständig aufgelöst werden; gegenüber der gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtrücklage tut sich hier ein Loch von knapp 4 Mio. € auf, das so schnell wie möglich wieder zu schließen gesetzliche Verpflichtung ist, worauf Landrat und Kämmerer in dem erwähnten Schreiben an die Bürgermeister ja auch hinweisen.

Diese drei Punkte – eine zu hoher Hebesatz der Kreisumlage, ein Rekordhoch bei der Verschuldung und eine Rücklage, die sich in nichts auflöst – lassen eine strukturelle Schieflage des Kreishaushalts erkennen, die die Handlungsfähigkeit des Kreises ernsthaft bedroht. Umsteuern ist deshalb dringend geboten, eine Kurskorrektur hin zu nachhaltigem Haushalten unausweichlich.

Meine Damen und Herren,
die Diskussion um eine Gewinnabführung des Kreiswasserwerks ist seit den Beratungen über den Haushalt 2003 zum festen Bestandteil der Haushaltsberatungen dieses Kreistages geworden. Auch wenn wir nach meiner Erinnerung schon in den letzten Jahren ihrem Wunsch, Herr Landrat, nach einer maßvollen und sachbezogenen Diskussion dieses Themas durchaus entsprochen haben, finde ich Ihren Vorschlag, „die Diskussion vom Kopf auf die Füße zu stellen“, wie Sie es bei der Einbringung des Haushalts formuliert haben, umso begrüßenswerter, als dies die Aussicht darauf eröffnet, dass das planlose Stopfen von Haushaltslöchern mit Mitteln aus der Kasse des Kreiswasserwerks, wie wir es nun im vierten Jahr hintereinander erleben, ein Ende findet. Unter Zugrundelegung der von Ihnen genannten Kriterien

- haushaltsrechtliche Rahmenbedingungen,
- Versorgungssicherheit und
- Handlungsfähigkeit des Unternehmens

könnte stattdessen ein Verfahren zur Anwendung gelangen, das die Interessen der Kreiswasserwerk GmbH und die des Kreises als 100-prozentigem Eigentümer diese Unternehmens gleichermaßen berücksichtigt. Nach unserer Auffassung bietet sich hierfür die im Aufsichtsrat des Kreiswasserwerks bereits thematisierte marktgerechte Verzinsung des Eigenkapitals an. Es bleibt allerdings die Frage, warum eine solche vernünftige und konsensfähige Lösung – nach mehr als dreijähriger Diskussion des Themas hier im Kreistag – erst zum Haushaltsjahr 2007 realisiert werden kann. Gleichwohl: sollte es dazu kommen, was ja zu hoffen ist, werde ich das Thema, ehrlich gesagt, vermissen.

Meine Damen und Herren,

den größten Zuschussbedarf im Haushalt weist wiederum, wie könnte es anders sein, der Unterabschnitt 482 „Leistungen für das Arbeitslosengeld II“ auf: 24,5 Mio. € sind hier zur Bedarfsdeckung erforderlich, das sind noch einmal gut 1,1 Mio. € mehr als im vergangenen Jahr. Die Behandlung des Themas hat sich dennoch, gegenüber der aufgeregten Diskussion vor Jahresfrist, deutlich beruhigt und versachlicht.

Drei Gründe sind dafür m. E. maßgeblich:

- Erstens läuft die Arbeit der im vergangenen Jahr gegründeten Arge für den Kreis Heinsberg, nach allem, was man hört, zunehmend gut und reibungslos.
- Zweitens ergibt nach den nun vorliegenden Zahlen für 2005 die Abrechnung des ersten Arge-Jahres kreisweit ein – wenn auch kleines – Plus von rd. 100.000 €.
- Drittens schließlich hat die neue Bundesregierung, noch im letzten Jahr, auf Vorschlag des Bundesministers für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering die Beteiligung des Bundes an den Kosten für Wohnung und Heizung für die Jahre 2005 und 2006 festgeschrieben und damit – endlich, muss man hinzufügen – für Planungssicherheit gesorgt, jedenfalls bis zum Ende dieses Jahres.

Die Umsetzung von Hartz IV bleibt auch in diesem Jahr eine schwierige Aufgabe, verbunden mit hohen finanziellen Belastungen. Dennoch bin ich froh, dass das vorläufige Rechnungsergebnis für 2005 meine Bewertung in den letztjährigen Haushaltsberatungen, die pauschale Aussage von Herrn Paulsen, die Kommunen im Kreis würden bei der „Hartz IV-Regelung“, wie er es nannte, draufzahlen, sei eine Falschmeldung, bestätigt hat. Und noch eins: Dass jetzt diejenigen Kommunen, die in früheren Jahren besonders schwer an der Kostenbeteiligung bei der Sozialhilfe zu tragen hatten – Hückelhoven und Übach-Palenberg -, eine spürbare Entlastung erfahren, das hat nach meinem Verständnis etwas mit Gerechtigkeit zu tun.

Meine Damen und Herren,

in der Sitzung des Kreisausschusses in der vergangenen Woche haben Sie, Herr Landrat, mitgeteilt, dass das Land die Regionalstelle „Frau und Beruf“ in diesem Jahr mit 53.451 € fördert; im Haushaltsentwurf waren lediglich 36.000 € veranschlagt. Ich habe den Kämmerer daraufhin um Aufklärung darüber gebeten, welche Veränderungen sich im Unterabschnitt 025 aufgrund dieser höheren Landesförderung nunmehr ergeben.

Nun ist das, zumal im Sachkostenbereich, etwas schwierig aufzudröseln, weil die Ansätze für die Gleichstellungsstelle und die Regionalstelle „Frau und Beruf“ nicht scharf getrennt sind; ich will mich deshalb auf das Wesentliche beschränken:

Herr Schöpgens hat mitgeteilt, bei den Veranschlagungen im Haushaltsentwurf sein „von einer Reduzierung des Personalkostenanteils der Regionalstelle „Frau und Beruf“ von 1,5 Stellen auf eine Stelle ausgegangen worden“, und er fährt dann fort: „Der Personalaufwand wurde letztlich wieder auf 1,5 Stellen angehoben, um den höchstmöglichen Zuschuss zu erhalten. Neben den im Unterabschnitt 025 enthaltenen Personalkosten für die Regionalstelle „Frau und Beruf“ (ca. 1 Stelle) sind weitere Personalkosten in der Größenordnung von rd. 0,5 Stellen in den Unterabschnitten 200 (Schulverwaltung) und 407 (Jugendamt) enthalten.“ (Zitat Ende)

Was hat das jetzt zu bedeuten, meine Damen und Herren?

Nun: Erstens war die Kündigung einer Mitarbeiterin in der Regionalstelle Frau und Beruf zum Jahresende schlichtweg überflüssig. Die Regionalstelle hätte vielmehr ihre erfolgreiche

Arbeit, die uns ja erst vor wenigen Monaten in einem aufschlussreichen Powerpoint-Vortrag dargestellt worden ist, in unveränderter personeller Konstellation fortsetzen können. Zweitens hat die Verwaltung offenbar nicht die Absicht, die höher als erwartet ausfallende Landesförderung zur Wiedereinstellung der gekündigten oder zur Einstellung einer neuen Mitarbeiterin zu verwenden, sondern, ja, zu was?

Da gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder soll die Landesförderung zur Mitfinanzierung von Personalkosten an anderer Stelle zweckentfremdet werden oder es gibt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Hause, namentlich in den Bereichen Schulverwaltung und Jugendamt, die bisher nicht ausgelastet waren oder sind. Für beide denkbaren Möglichkeiten gilt gleichermaßen: Das darf doch wohl nicht wahr sein!

Herr Landrat, ich fordere Sie namens der SPD-Fraktion auf, von der geplanten Verwendung der Landesförderung für die Regionalstelle „Frau und Beruf“ abzulassen und die Landesmittel dafür zu nutzen, die Personalsituation, mit der die Regionalstelle bis zum 31.12.2005 erfolgreich gearbeitet hat, wieder herzustellen.

Meine Damen und Herren,

in den letzten Tagen sind wir alle aufgeschreckt worden durch die Medienberichterstattung über die Zustände an der Rütli-Schule in Berlin-Neukölln. Nun sind alle, jedenfalls fast alle, darin einig, dass es soweit niemals hätte kommen dürfen, dass die Lehrer einer Schule resigniert um Hilfe rufen, weil sie mit ihren Schülerinnen und Schülern bzw. mit deren Problemen nicht mehr fertig werden. Diese Probleme – in Berlin, aber nicht nur dort, vor allem resultierend aus einer weitgehend missglückten Integration nicht-deutscher Jugendlicher – das sind „Schulunlust, Schulversagen, aggressives Verhalten, Drogenprobleme, Familienkonflikte etc.“.

Diese Aufzählung von Problemlagen junger Menschen ist allerdings nicht der Berichterstattung der letzten Tage entnommen, sondern sie ist ein Zitat aus der Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom November letzten Jahres zur Schulsozialarbeit an den Berufskollegs in Erkelenz und Geilenkirchen. Sie beschreibt das Aufgabenspektrum der beiden Sozialarbeiterinnen, die sich dort mit einem Beschäftigungsumfang von jeweils einer halben Stelle um 182 Schülerinnen und Schüler in Erkelenz und um 260 in Geilenkirchen zu kümmern haben, zzgl. jeweils bis zu 300 weiterer Beratungen jährlich. Was sich daraus ergibt, ist allen Beteiligten klar; die Verwaltung schreibt dazu in der schon zitierten Antwort auf unsere Anfrage: „Die Schulleitungen der Berufskollegs haben in der Vergangenheit mehrmals die Verwaltung gebeten, die sozialpädagogische Betreuung den Erfordernissen anzupassen. Die Notwendigkeit einer solchen Anpassung bzw. Stellenanhebung wird nicht verkannt.“

Als die SPD-Fraktion daraus die sinnvolle und gebotene Konsequenz gezogen und mit Datum vom 22.12.2005 den Antrag gestellt hat, die Schulsozialarbeit an den beiden Berufskollegs – maßvoll – auf jeweils eine ganze Stelle auszubauen, geschah etwas, das ich in mehr als 20 Jahren Kommunalpolitik noch nie erlebt habe: Auf vier langen Seiten liefert die Verwaltung eine Stellungnahme zu unserem Antrag, die dessen Anliegen ganz überwiegend stützt, um am Ende zu dem überraschenden Beschlussvorschlag zu gelangen, den Antrag abzulehnen. Der Jugendhilfeausschuss ist diesem Beschlussvorschlag gefolgt, wenn auch nur mit einer relativen Mehrheit; bei 14 – von 15 – Anwesenden Ausschussmitgliedern stimmten, bei einer Enthaltung, sechs mit ja und sieben mit nein – letztere, das waren die fünf CDU-Vertreter und nur zwei von sechs der in der Jugendarbeit erfahrenen Persönlichkeiten, die dem Ausschuss angehören. Eine Momentaufnahme, mehr nicht. Die Entscheidung darf so keinen Bestand haben, weil das Problem mit seinem – spätestens seit den Berliner Ereignissen überdeutlichen – Eskalationspotential ungelöst bleibt. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass das Thema nicht von der Tagesordnung verschwindet, denn wir nehmen die Aussage von Herrn Minister Laschet – sie erinnern sich gewiss an das Zitat vom Anfang meiner Rede – tatsächlich ernst, der Staat müsse jungen Menschen „ausreichende Möglichkeiten und Chancen zur Persönlichkeitsentwicklung geben“. Auch wenn es sich formal um eine freiwillige Leistung des Kreises handelt, ist nach unserer Überzeugung die bedarfsgerechte Ausgestaltung der Schulsozialarbeit, geradezu exemplarisch, eine verpflichtende staatliche Aufgabe.

Meine Damen und Herren,
 in seiner letzten Berliner Rede als Bundespräsident hat Johannes Rau unter dem Thema „Vertrauen in Deutschland – eine Ermutigung“ gesagt, ich zitiere:
 „Unser demokratischer Staat ist mehr als ein Dienstleistungsbetrieb und auch mehr als eine Agentur zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts. Der Staat schützt und stärkt die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger auch vor den gesellschaftlichen und ökonomischen Kräften, die die Freiheit des Einzelnen längst viel stärker bedrohen als jede Obrigkeit. Dazu legt er auch Regeln und Pflichten zu Gunsten der Gemeinschaft fest. Damit schafft der Staat Freiräume gegen puren Ökonomismus und gegen das alles beherrschende Dogma von Effizienz und Gewinnmaximierung.“

Es gibt eine gefährliche Wechselwirkung von Staats- und Politikverdrossenheit auf der einen Seite und den allzu pauschalen Forderungen nach Privatisierung, Deregulierung und Rücknahme staatlicher Verantwortung auf der anderen Seite.

Gewiss: Eigene Verantwortung und eigene Anstrengung sind notwendig und unverzichtbar. Mehr Eigenverantwortung darf aber nicht heißen, dass die Starken sich nur noch um sich selber kümmern und die anderen sehen sollen, wo sie bleiben.“

Und deshalb, meine Damen und Herren, müssen wir uns nicht nur so, wie es not tut, um junge Menschen und Ihre existenziellen Probleme kümmern, deshalb wäre es auch so wichtig, ehrenamtliches Engagement zu stützen und zu fördern – schade, das unserer Antrag dazu im vergangenen Jahr hier im Kreistag keine Mehrheit gefunden hat -, und deshalb schließlich ist es ganz unerlässlich, das wir ein Leitbild für unseren Kreis nicht nur unter ökonomischen Aspekten erstellen.

Meine Damen und Herren,

der Haushalt des Kreises ist in eine die Handlungsfähigkeit bedrohende, strukturelle Schieflage geraten; das Zahlenwerk gibt zudem zu erkennen, dass mit der Mehrheit dieses Kreistages immer wieder an wichtigen Wegmarken der Kreispolitik eben nicht die richtige Richtung eingeschlagen wird. Deshalb stimmt die SPD-Fraktion dem Entwurf der Haushaltssatzung 2006 und dem Investitionsprogramm 2005 - 2009 nicht zu.

Guter Tradition folgend, gilt es dem Kämmerer und seinen Mitarbeitern zu danken für die geleistete Arbeit bei der Erstellung des Haushalts. Ihnen, Herr Schöpgens, möchte ich im Namen der SPD-Fraktion auch ganz persönlich danken, denn Sie hatten auch in diesem Jahr wieder - wie gewohnt - auf jede Frage bereitwillig eine passende Antwort parat.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,
 nachdem das erste Quartal des Jahres bereits vorüber ist, verzichte ich jahreszeitbedingt auf die an dieser Stelle sonst üblichen Wünsche für das ja üblicherweise zum Zeitpunkt von Haushaltsberatungen neue Jahr und sage statt dessen:

Frohe Ostern und vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreistagsfraktion
Valkenburger Str. 45
52525 Heinsberg

Tel.: 02452/131730
Fax: 02452/131735

e-mail: Gruene-Fraktion@Kreis-Heinsberg.de
internet: www.Gruene-Heinsberg.de

06. April 2006

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

zuerst möchte ich Ihnen, Herr Schöpgens herzlich für Ihre Mühe danken und besonders dafür, dass Sie sich viel Zeit genommen haben, uns das Zahlenwerk in der Fraktion vorzustellen und auch hinterher noch eine Reihe von Fragen zu beantworten.

Aber trotz aller Mühe, die Sie darin und in den Haushalt gesteckt haben, zustimmen können wir ihm auch dieses Jahr nicht.

Wir haben kein Geheimnis daraus gemacht und ja schon im Finanz- und im Kreisausschuss mit „nein“ gestimmt. Ich will das gleich ausführlich begründen.

Zuerst aber möchte ich noch kurz auf den Haushalt 2005 eingehen, weil der das ganze Jahr über von Ihnen immer wieder angesprochen worden ist, zuletzt noch bei der Einbringung des diesjährigen Haushaltes.

Ich hatte im vorigen Jahr an dieser Stelle von „Tricksereien“ gesprochen und meinte damit die Vereinnahmung der Einsparungen aus dem Wohngeld in den Verwaltungshaushalt, obwohl das Land eine investive Bindung verlangt hatte.

Zu dem Zeitpunkt, zu dem wir das kritisiert haben, nämlich im Februar 2005, war die Rechtslage eindeutig: der Kreishaushalt war so nicht in Ordnung, das wurde auch vom alten Regierungspräsidenten erst einmal bestätigt. Erst lange nach unserer Haushaltsdebatte kam dann unter dem neuen RP, ich glaube sogar erst ganz offiziell im Dezember 2005, das OK.

Nun aber zum Haushalt 2006:

Wir haben in der Hauptsache zwei Gründe, weshalb wir dem Haushalt nicht zustimmen können:

1. fragen wir uns, was dieses Zahlenwerk soll, wenn es wieder so „auf Kante genäht“ ist wie wir das in den vergangenen Jahren immer wieder kritisiert haben. Dieses Mal ist es aber noch offensichtlicher, dass diese Kanten aufplatzen werden, wenn erst mal der Landeshaushalt verabschiedet ist. Außerdem werden die Rücklagen womöglich ganz aufgelöst und eine Menge neuer Schulden gemacht. Solide Haushaltspolitik sieht für uns anders aus.
2. vermischen wir deutliche Signale, dass an der vielzitierten Zukunftsfähigkeit des Kreises und seiner Kommunen auch ernsthaft gearbeitet wird. Es reicht nicht, immer nur davon zu reden und Ankündigungen zu machen. Ich habe den sozialen Bereich, d.h. konkret Frauen- und Jugendarbeit, mal herausgepickt. Dass zukunftsweisende Entscheidungen im Umweltbereich nicht getroffen wurden, kommt noch dazu.

Lassen Sie mich mit der knappen Kalkulation anfangen. Dabei will ich nur ein Beispiel anführen.

Es ist jetzt schon erkennbar, dass die knapp genähten Kanten, wie ich das eben formuliert habe, aufplatzen werden: z.B. die Kürzungen im Jugendbereich, gegen die wir ja alle im

Jugendhilfeausschuss eine Resolution unterstützt haben, werden spätestens zum 1.7. dazu führen, dass im Kreishaushalt rund 500 000 Euro fehlen werden. Berücksichtigt sind nämlich lediglich 25 000 Euro für die Erziehungsberatungsstellen in Erkelenz und Geilenkirchen und 31 000 Euro für die Offene Jugendarbeit.

Wo, bitteschön, soll das Geld herkommen? Aus einem Nachtragshaushalt mit Erhöhung der Umlage, noch mehr Schulden? Die sind mit über 36 Millionen schon auf dem absoluten Höchststand, ausführlich haben wir davon schon von Herrn Fürkötter gehört.

Die Auflösung der gesetzlich vorgeschriebenen Rücklagen ist ja jetzt schon einkalkuliert. Verstehen Sie mich nicht falsch: wir sind nicht in jedem Fall und unter allen Umständen gegen eine Umlageerhöhung.

Es hört sich zwar immer schön an, wenn als positives Signal vom Kreishaushalt ausgeht, dass die Kreisumlage nicht erhöht wird. Bei allem Verständnis für die Kommunen, an einigen Stellen muss ich mich aber fragen, ob das Heulen und Zähneknirschen wirklich immer berechtigt ist.

Wenn Kommunen das öffentliche Geld, also unser aller Geld, in großen Summen ausgeben z.B. für einen neuen Parkplatz nach dem anderen wie in Erkelenz, um eine „Komfortlösung“ zu bekommen, wenn Kommunen dafür Geld haben, dann können sie auch ein bisschen mehr Kreisumlage zahlen, damit ausreichend Busse fahren können, sich Sozialarbeiter um schwierige Jugendliche kümmern können, behinderte Menschen unterstützt werden können, ein Frauenhaus ordentlich arbeiten kann, usw. und so fort.

Oder sie könnten ihr Gymnasium selbst betreiben. Hier gehört schon lange ein alter Zopf abgeschnitten, zumal der, bleibt alles wie es ist, in den kommenden Jahren zu erheblichen Belastungen für alle führen wird.

Ich habe Sie im vorigen Jahr sehr gelobt, Herr Pusch. Von frischem Wind habe ich gesprochen und davon, dass sich hier im Haus einiges zum Guten verändert hat.

Ich will es auch in diesem Jahr deutlich sagen: um es meteorologisch auszudrücken: das Wetter hier hat sich stark verbessert, das haben wir zu ganz großen Teilen Ihnen zu verdanken. Die Sache hat aber einen Haken: nur nette Worte reichen nicht, ein paar gute Ansätze auch nicht, nach der Wetteränderung muss jetzt auch die beständige Klimaveränderung kommen, denn eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, wie man so schön sagt. Also bitte nicht nur die Sonne zeigen und wieder hinter dicken Wolken verstecken, sondern raus damit: trauen Sie sich endlich, grüne Ideen auch wirklich zügig umzusetzen. Sie werden sehen, das ist für den Kreis besser.

Dieser Appell geht nicht nur an den Landrat, sondern, mit Blick auf die beiden Anträge, die wir gleich noch beraten werden, auch an die Fraktionen.

Es geht uns zu langsam und an einigen Stellen läuft es schief. Das beste, oder besser gesagt, das schlechteste Beispiel will ich mal herausgreifen: Die Regionalstelle Frau und Beruf.

Wie Herr Fürkötter eben schon ausführlich geschildert hat, ist die Akrobatik atemberaubend, mit der hier mit Stellen, Fördermitteln und nicht zuletzt mit Beschäftigten umgegangen wird. Ich möchte das hier um zwei andere Aspekte ergänzen.

Wenn Sie im Dezember unserem Antrag gefolgt wären, die Regionalstelle, so wie sie war, noch ein Jahr fortzuführen, hätten wir Zeit gehabt, möglicherweise wirklich notwendige Veränderungen in einem demokratischen Prozess anzugehen. Daran hätten wir uns als Opposition auch beteiligen können und wollen. Negative Auswirkungen auf den Haushalt hätte das, das haben wir eben gehört, nicht gehabt.

Es kann doch nicht sein, dass sich der Landrat im stillen Kämmerlein so ein bisschen überlegt, welche Mitarbeiterin hier ein Stündchen und dort vielleicht zwei Stündchen Frauenförderung nebenher machen könnte.

Auch wenn Sie sich sehr bemüht haben, einen positiven Eindruck zu erwecken: Es tut mit leid, aber hier passt der Begriff „Trickserei“ wieder, wenn behauptet wird, die Regionalstelle Frau und Beruf werde mit einem Stellenumfang von 1,5 Stellen fortgeführt.

Ich will das erklären:

Eine der beiden kompetenten Fachkräfte, die die Regionalstelle hauptsächlich betreut haben, die auch von ihrer Ausbildung her qualifiziert war, ist weg. Übrig ist die andere, die eine halbe Stelle zur Verfügung hat. Mit lächerlichen 10 Stunden soll sie dann auch noch die Gleichstellungsarbeit in einem Haus machen, für die gesetzlich eine ganze Stelle vorgeschrieben ist und die auch notwendig ist. Aber das ist noch eine andere Baustelle. Das sogenannte „Konzept“, das Sie uns vorgestellt haben, besteht aus einem munterem Durcheinander, Ihre Aufzählung der verschiedenen Ämter, Herr Reyans, hat das sehr deutlich gemacht.

Für die Praxis heißt das nichts anderes, dass nun die Aufgaben in einem Sammelsurium von Stundenkontingenten, die auf mehrere verschiedene Ämter verteilt sind, untergehen.

Das bedeutet im Prinzip auch, dass von den 20 Stunden, die die Gleichstellungsbeauftragte für die Regionalstelle zur Verfügung hat, ein Großteil allein an Organisations- und Abstimmungsarbeit verloren geht, das kann nicht funktionieren.

Um es ganz deutlich zu sagen: das Geld wird kassiert, aber die Sache ist tot.

Da hilft es auch nicht, dass im Organigramm großartig von der „Stabsstelle Frauenförderung und Gleichstellung“ die Rede ist. Mit Verlaub, das ist ein Witz, Menschen, die sich ernsthaft mit Frauenpolitik befassen, fühlen sich verschaukelt.

Ich will es mir auch nicht verkneifen, ein paar Worte zur neuen Landesregierung zu sagen. Ich möchte mal ein bisschen davon zurück zu geben, was wir, d.h. die Genossen und wir Grüne uns in den letzten Jahren immer haben anhören müssen.

Dass die Finanzlage schwierig ist, will ich gar nicht bestreiten. Das liegt sicher nicht allein an rot-grün, aber das ist hier nicht das Thema.

Aber dass nun gleich so gravierende Richtungsentscheidungen so grundlegend falsch getroffen werden, das ist schon ein starkes Stück.

Die Streichliste ist erschreckend und wird uns im Kreis Heinsberg an vielen Stellen ganz empfindlich treffen. Das wissen diejenigen, die sich vor Ort auskennen und sehen, was die Kürzungen für unser soziales Gefüge bedeuten, auch aus den Reihen der CDU, wie erst gestern der Rheinischen Post zu entnehmen war.

Ich will nur ein paar Stichworte nennen:

Jugendeinrichtungen, Verbraucherschutz, Schwangerenberatung, Täter-Opfer-Ausgleich, usw. und so fort: kein sozialer Bereich wird verschont, die plakativ geforderte Familienfreundlichkeit endet an der Kasse. Ganz zu schweigen vom Bereich Umwelt und Naturschutz, das Fass will ich hier gar nicht erst aufmachen.

Dafür gibt es dann viel Geld für neue Straßen, wo nicht einmal der Unterhalt für die bestehenden abgesichert ist und gleichzeitig lässt die Landesregierung den ÖPNV vor die Wand sausen.

Dass der ÖPNV gerade im ländlichen Raum Probleme hat, ist eine Binsenweisheit. Dass dann Kürzungen der Regionalisierungsmittel doppelt fatal wirken, kann sich auch jeder an fünf Fingern abzählen.

So leid es mir tut, aber angesichts dieser Landespolitik sehe ich rabenschwarz für den ÖPNV, da werden wir ganz bald schon nicht mehr von Problemen reden, sondern vom Ende.

Herr Reyans, Sie haben es schön gesagt: man muss Prioritäten setzen. Bitte tun Sie was gegen die Prioritäten, die die Landesregierung setzt. Zukunftsinvestitionen gehören nicht auf die Straße, sie gehören in Kinder, Jugendliche und Benachteiligte.

Bedauerlicherweise ist aber auch auf kommunaler Ebene nicht erkennbar, dass die Vernunft siegen könnte, das Beispiel Erkelenz habe ich schon angesprochen.

Hier auf Kreisebene gibt es ein weiteres Beispiel, wie der Herr Kollege Fürkötter schon ausführlich dargestellt hat:

Die Schulsozialarbeit: klar, die kostet jetzt erst mal Geld, aber spart in Zukunft.

Es werden sicher nicht gleich Berliner Verhältnisse werden, aber wenn schon Schulleiter und Lehrer den Bedarf dringend anmahnen, sollte die Politik ihnen glauben.

Was die Kinderbetreuung angeht, so haben Sie, Herr Landrat, löblich, löblich, im vorigen Jahr erstmals das Thema von sich aus angesprochen.

Aber nun schon den Schluss zu ziehen, der Kreis werde wegen der ausreichenden Betreuungsplätze attraktiv (das ist der Umkehrschluss Ihrer Formulierung bei der Einbringung), halte ich für voreilig. Und wie ich dem RP-Interview vom letzten Freitag entnehme, glauben Sie das ja selbst auch nicht. Da sagen Sie ja eindeutig: „...„wir haben zu wenig Betreuungsplätze für Kleinkinder, und auch die Versorgung mit ortsnahen Kindergartenplätzen könnte verbessert werden.“

Ich frage mich nur, warum Sie dann hier im Kreistag die Sache anders darstellen.

Tatsache ist, dass Ihre Zahlen von einer 90prozentigen Bedarfsdeckung ausgehen, was nicht ausreicht, wenn der Rechtsanspruch greift, und es ist auch so, dass die Plätze nicht da sind, wo der Bedarf tatsächlich ist. Wenn Sie in dem Zusammenhang auf zurückgehende Kinderzahlen verweisen, machen Sie sich die Sache zu einfach. Ich finde es nicht zumutbar, dass eine berufstätige Mutter aus Wegberg ihren Knirps nach Tüddern oder Geilenkirchen bringen müsste, um ihn unterzubringen.

Ich fasse zusammen: der Haushalt ist so knapp berechnet, dass jedes Lob dafür Schönfärberei wäre. Neue Schulden, Auflösung der Rücklage, keine neuen politischen Impulse für die Zukunft, so sehen wir den Haushalt und deshalb können wir nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Maria Meurer, Fraktionssprecherin

Heinsberg, den 11.04.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2006 am 06. April 2006, Seite 001/012. Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kreistagskolleginnen und Kreistagskollegen,
sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerplätzen und
Bürgerinnen und Bürger des Kreises Heinsberg,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,

wir, die Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg haben diesen durch die Verwaltung erarbeiteten Haushalt für das Haushaltsjahr 2006 mehrfach beraten. Vorab danke ich ausdrücklich dem Kreiskämmerer Herrn Schöppgens und allen Mitarbeitern der Verwaltung für die Erarbeitung dieses Haushaltes. Der vorliegende Haushalt macht deutlich, dass dieser nicht an parteipolitischen Zielen orientiert ist, sondern am Wohl der Bevölkerung des Kreises Heinsberg und der damit verbundenen Sachaussage. Herr Schöppgens: Vielen Dank!

In einer unserer Sitzungen, die mit den Fraktionsvorsitzenden unserer Partei in den Kommunalparlamenten der Städte und Gemeinden des Kreises Heinsberg durchgeführt wurde erkannte man aber auch, dass dieser Haushaltsentwurf nicht

Heinsberg, den 11.04.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2006 am 06. April 2006, Seite 002/012.

kritiklos ist. Sicherlich ist die Ausgewogenheit für einige Kommunen im Kreis Heinsberg nicht ausreichend.

Aber anerkennend sage ich hier, dass auch durch den liberalen Beitrag in diesem Haushalt und die Zustimmung unserer Fraktion zu den vielfältigen Abstimmungen im Kreistag und den Ausschüssen im vergangenen Jahr und die damit verbundene liberale Prägung im täglichen politischen Umgang Schlimmeres verhindert wurde.

Dies wird in einem Punkt ausreichend und erschöpfend deutlich:

Es gibt im Kreis Heinsberg keine Kommune die dem Haushaltssicherungskonzept unterliegt obwohl hier noch zum Jahresanfang gemunkelt wurde, dass dieses Schicksal die eine oder andere Gemeinde im Kreis ereilen könne, wenn die Ausgabewirksamkeit des im Vorjahr, gegen die Stimmen der Liberalen, beschlossenen Nachtragshaushaltes auf die kommunalen Einzelhaushalte durchschlagen würde. Dies zeigt ein weiteres Mal, das wir als liberale Recht hatten mit unserer

Heinsberg, den 11.04.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemaker, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2006 am 06. April 2006, Seite 003/012.

Begründung den Nachtragshaushalt abzulehnen.

Daher geht hier der Zwischenruf der Mehrheitsfraktion vom vorigen Jahr zurück in Bezug auf „Keine Ahnung vom Haushalt“! Vielleicht sollten Sie dies dann bei Ihrem Zwischenrufer suchen Herr Paulzen!

Die Kreisumlage, meine Damen und Herren, wurde trotz widriger Umstände nicht erhöht. Sie wurde um 0,5 % gesenkt. Hier sollte man dann auch die Kritik der Industrie- und Handelskammer zurück weisen, die dann ausführt: „Der Kreis Heinsberg hatte im letzten Jahr eine allgemeine Kreisumlage von 46,6 %, im Landesvergleich der zweithöchste Wert.“ Und weiter: „Insofern sollte die absolute Höhe der Kreisumlage durchaus hinterfragt werden.“

Gerade letzteres, sehr geehrter Herr Wirtz, machen gerade wir als Liberale immer wieder. Man muss aber Fragen ob die Aufteilung der Kreisumlage in anderen Kreisen in Einzel- und sogenannte Fachbereiche nicht zu einer Verwässerung der

Heinsberg, den 11.04.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2006 am 06. April 2006, Seite 004/012.

Gesamthöhe der Kreisumlage in diesen Kreisen führt und somit auch in benachbarten Kreisen es nicht besser wäre all diese Teile zusammen zu fassen um den Bürgern klar zu machen wie viel diese insgesamt bezahlen.

Hier wäre die Kritik, seitens der IHK angebracht, auch unter dem Aspekt, dass gerade bei diesen Kreisen in denen sich Kommunen im Haushaltssicherungskonzept befinden deutlich würde, dass dort die Kreisumlage eigentlich höher ist.

Allerdings erwarten wir als Liberale auch eine höhere Transparenz in der Kreisumlage unseres Kreis, damit solch irrige Ansichten nicht mehr entstehen.

Hier unsere Forderung: Die Kreisumlage solle in Zukunft die Anteile darstellen für welche Teile sie Verwendung findet. Eine einfache Aufstellung mit den Zuordnungen zu den Einzelplänen würde hier schon für Aufklärung sorgen, Transparenz darstellen und irrige Auslegungen der Stellungnahmen der IHK durch einige wenige Bürgermeister von Städten oder Gemeinden im Kreis Heinsberg nicht zulassen.

Heinsberg, den 11.04.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2006 am 06. April 2006, Seite 005/012.

Was uns als Liberale allerdings diesen Haushalt erheblich versauert, ist die Tatsache, dass die allgemeine Rücklage auf Null zurück gefahren wird. Dies wäre eigentlich ein ausreichender Grund, diesen sonst in überwiegenden Teilen als liberal einzustufenden Haushalt abzulehnen. Ich erinnere auch hier erneut an meine Haushaltsrede vom 10. Feb. 2005 mit dem deutschen Sprichwort: „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not!“ Dieser Sparwillen der deutlich ist aber noch nicht ausgeprägt, sollte nachhaltig berücksichtigt werden.

Der Stellenplan zum Haushalt des Kreises Heinsberg zeigt diesen Sparwillen schon. Eine Personalreduzierung und eine damit verbundene Rückführung der Verwaltung auf Ihre Kernaufgaben ist erkennbar.

Zwar noch nicht ausgeprägt, aber immerhin erkennbar.

Hierauf weisen wir Liberale seit Jahren hin und fordern dies auch hier wieder erneut. Uns geht es darum einen sozialliberalen Stellenabbau, der in der Hauptsache altersbedingt erfolgen muss, durchzuführen und so für die Zukunft eine schlanke, effektive, innovative und

Heinsberg, den 11.04.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2006 am 06. April 2006, Seite 006/012.

erfolgsorientierte Verwaltung zu erhalten, die lediglich die Kernaufgaben unseres Kreises verfolgt. Dies wird auch dadurch deutlich, dass die Personalausgaben in Bezug zu den Mitarbeitern der Verwaltung realistisch gesehen gesunken ist.

So ist in den Haushaltsansätzen bei den Personalausgaben zwar eine Steigerung erkennbar mit 450.000,00 € allerdings soll nicht ohne Erwähnung bleiben, dass dies vor allem auf die Personalkostenerstattung der Anton-Heinen-Volkshochschule und der Kreismusikschule zurück geht. So wurden diese beiden Bereiche im Jahr 2005 mit 1.013.000 € berechnet und werden in diesem Jahr mit 1.901.650 € prognostiziert. Ausbildung ist unsere Daueraufgabe und für den Standort „Kreis Heinsberg“ die wiederkehrende Forderung zur Schaffung der Innovativregion.

Eine Steigerung von insgesamt ca. 900.000 €. Somit sinken die eigentlichen Personalausgaben der Kernverwaltung des Kreises Heinsberg um 450.000 €. Berücksichtigt man noch die üblichen Lohn- und Lohnnebenkostenerhöhungen, so macht

Heinsberg, den 11.04.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2006 am 06. April 2006, Seite 007/012.

dies deutlich, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. Werden doch auch jetzt mehr Aufgaben der Kreisverwaltung an Firmen und Feiberufler übergeben. Ein richtiger Weg.

Weniger Kosten in der Verwaltung. Mehr Arbeitsplätze in der freien Wirtschaft. Mehr Beschäftigung außerhalb von öffentlichen Dienststellen.

Dies schafft Arbeitsplätze!

Nicht die Mehrwertsteuererhöhung durch Ihre Parteien Herr Fürkötter und Herr Paulzen.

Das ist der Hebel für die Sanierung der Staatsfinanzen die der CDU/SPD regierte Bund mit fast 50 Milliarden € im Arbeitsmarkt und Sozialesektor verschleudert.

Erfreulich für uns Liberale, gerade bei dem uns vorgelegten Haushalt, ist der Reformwille. Dieser Reformwille ist zwar nicht ausreichend und erschöpfend bei der Mehrheitsfraktion hier im Kreistag erkennbar aber dafür um so stärker und deutlicher

Heinsberg, den 11.04.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemaker, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2006 am 06. April 2006, Seite 008/012.

beim Landrat und allen Mitarbeitern.

Dies unterstützen wir Liberale!

Zwar kritisch aber so, dass dieser Reformmotor hier im Hause auf keinen Fall ins Stottern kommt. Kritik kann das Salz in der Suppe sein, die diese erst schmackhaft macht, Kritik kann das Superbenzin im Tank eines Motors sein, der diesen zu Höchstleistungen befähigt. Kritik, gerade in der kommunalen Basisdemokratie, ist für uns Liberale der Beitrag zum Erfolg einer Region.

Hierzu tragen wir bei.

Wir unterstützen daher erfolgreich die Bemühungen der Verwaltung sich von Immobilien zu trennen, die für den Haushalt unseres Kreises jährlich nur Belastungen in Form von Unterhaltskosten darstellten. Ergänzend kommt hinzu, dass durch mehr oder weniger sinnvolle Gesetzgebungen des Bundes zusätzliche Forderungen auf den Kreis hinzugekommen wären. Ich erinnere hier nur an die Energieeinsparverordnung und die Mehrwertsteuererhöhung,

Heinsberg, den 11.04.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2006 am 06. April 2006, Seite 009/012.

die auch in den nächsten Jahren auf alle Gebäude durchschlagen wird, nicht nur auf die kreiseigenen.

Wie das dann noch Haushalte in Nachbarkreise und deren Kommunen auffangen wollen, die sich im Haushaltssicherungskonzept befinden ist mir rätselhaft.

Aber auch die Kosten, von nicht genutzten Immobilien, für die allgemeinen Verwaltung sind nicht von der Hand zu weisen.

Wir wissen, dass mit jedem Verkauf einer Immobilie auch städtische und gemeindliche Einzelschicksale verbunden sind.

Wir wissen dass der Verkauf der Museumswindmühle in Breberen nicht die uneingeschränkte Begeisterung der dortigen Bevölkerung mit sich bringt. Wir wissen, dass ein Verkauf des Kreismuseums in Geilenkirchen nicht nur Zustimmung in der Bevölkerung findet. Wir wissen aber, dass es verantwortliche und engagierte Bürger im Kreis Heinsberg gibt, die die Notwendigkeit zum Wohle der Bevölkerung im kompletten Kreis erkennen. Diese Bürger gibt es auch in den vorgenannten Orten, genauso wie in Wegberg, die sich dort in Zukunft um die noch kreiseigene Ullrichskapelle kümmern werden.

Heinsberg, den 11.04.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2006 am 06. April 2006, Seite 010/012.

Aber auch die Verabschiedung von sektoralen Einrichtungen ist für uns Liberale zukunftsweisend! Wir können nicht auf Bundesebene eine Föderalismusreform fordern und auf Kreisebene in jedem städtischen und gemeindlichen Suppentopf mitrühren wollen. Wenn sektorale Einrichtungen, wie z.B. bestimmte Schulformen Ihre Eigenverantwortung, Ihr Selbstbewusstsein und Ihre Eigenverwaltung darstellen können und wollen, warum soll dann der Kreis diese an Ihrem Gängelband halten. Hier Herr Landrat haben Sie und die Verwaltung unsere Unterstützung.

Wir hier im Kreis Heinsberg müssen heraus aus unserem Dornröschenschlaf. Die Entwicklung eines Leitbildes für den Kreis Heinsberg ist notwendig und erforderlich. Die Beratungen im Kreistag hierzu sind begrüßenswert. Wir alle sind gefordert diesen Kreis Heinsberg mit seinem Vorteil im Standort im Herzen Europas bekannt zu machen. Hier ist es erforderlich, dass auch dringende verkehrspolitische Themen angepackt werden.

Heinsberg, den 11.04.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2006 am 06. April 2006, Seite 011/012.

Der entgeltige Ausbau der B221 mit einer sinnvollen Linienführung muss unser aller erklärtes Ziel sein.

Die Reaktivierung des „Eisernen Rheins“ unter Einbeziehung des Schutzes der direkt angrenzenden Anwohner zum Wohle aller Bürger des Kreises Heinsberg.

Dies sind unsere Aufgaben.

Die Thematik zum „Eisernen Rhein“ ist ebenfalls eine Forderung des IHK-Präsidenten Michael Wirtz bei der Jahresvollversammlung der IHK Aachen in diesem Jahr gewesen.

Das Wohl der Bürger im Kreis Heinsberg ist uns Liberalen wichtiger als das Wohl einzelner Feldhamster. Aber auch kulturelle, ideale und selbstbewusste Forderungen unterstützen wir. Die Forderung zur Schaffung eines einheitlichen, kreisweiten und kreisbildprägenden Feiertages durch unseren liberalen „Bündis 90“ Kreistagskollegen Dr. Herzberg haben wir als mögliche Bereicherung im politischen Umgang miteinander begriffen. Diese Forderung möchten wir hier nochmals unterstützen und regen daher an, einen solchen

Heinsberg, den 11.04.2006, Fraktionsvorsitzender der Fraktion der FDP im Kreistag des Kreises Heinsberg, Walter Leo Schreinemacher, Rede zur Haushaltssatzung des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2006 am 06. April 2006, Seite 012/012.

Feiertag am 03. Oktober eines Jahres gemeinsam und in Abstimmung mit dem östlichsten Kreis Deutschlands durchzuführen.

Wir Liberale unterstützen diesen Haushalt.

Wir Liberale freuen uns aber insbesondere über die Tatsache, dass diesem stark geprägtem liberalen Haushalt auch die Mehrheitsfraktion im Kreis Heinsberg zustimmen kann.

Wir werden dem Haushalt des Kreises Heinsberg für das Haushaltsjahr 2006 zustimmen.

Heinsberg, den 06. April 2006

Walter Leo Schreinemacher

Vorsitzender der Fraktion der FDP
im Kreistag des Kreises Heinsberg